

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Post-Nr.: 3564.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röste, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate  
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40  $\frac{1}{2}$ .  
Bergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\frac{1}{2}$ .  
Versammlungsanzeigen 10  $\frac{1}{2}$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

### Kollegen Deutschlands! Haltet den Zuzug nach Berlin u. Vororten streng fern!

An die Holzarbeiter Berlins und der Vororte, insbesondere Charlottenburg, Weißensee und Nixdorf ergeht die dringliche Mahnung, den gemeinsamen Arbeitsnachweis der Tischlerinnung und des Verbandes der Holzindustriellen strengstens zu meiden. Erfüllt jeder Kollege seine Pflicht, dann wird die schmachliche Kontrolle zurückgewiesen und der Plan der Unternehmer, den Holzarbeiterverband lahm zu legen, gründlich vereitelt werden. Darum sei jedes Verbandsmitglied auf dem Posten.

#### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Sonneberg i. Th. (Aug. Döbrich, Gg. Sommer, Gottfr. Schmidt, Georg Kieferwetter), Höcht (Firma Becker & Schäfer und Nötger & Co.), Leipzig (Wagner & Zintzeisen), Worms, Wilhelmshaven (S. Behrens), Stolp i. P., Rönigsberg (Wendig & Söhne), Bromberg, Finsterwalde, Genthin;
- Tischlern und Drechslern nach Bochum;
- Tischlern, Bildhauern, Drechslern, Polstrern nach Zeulenroda (Firma Rother & Kunze, Eichler & Wieduwilt, Hoflieferant Rob. Paul, Juh. Frig. Paul, Edwin Metz, Franz Konitz, Carl Simmerling);
- Tischlern und Polstrern nach Weiskensee (E. Schirn);
- Möbeltischlern und Drechslern nach Berlin;
- Drechslern nach Frauenbach bei Neuhäusen (Bruno Schönherr, Carl Selbig), Lauterberg a. S. (A. G. Gillegeist);
- Möbeltischlern nach Laffani Rom. (A. Lange, M. Krieg);
- Birnenholzarbeitern nach Eberbach a. N.;
- Stuhlbauern nach Geringswalde (Firma Kürth & Mieser);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Bremen (Wau-Unternehmer Küstermann auf dem Kamp), Rehl i. Bad.;
- Umbaumachern und Tourntern nach Göttingen (Mittmüller & Sohn);
- Korbmachern nach Vergedorf (W. Messerschmidt); „Alten Land“ bei Hamburg, Hamburg (Geitmann);
- Rammachern nach Berlin (M. Streich, Blumenstr. 70);
- Birnenmachern nach Dresden (Maabe), Bonn (Selbmann & Jansen);
- Birnenrahmenmachern nach Berlin (Behner, Stall-Schreiberstraße);
- Gummidrechslern nach Weiskensee;
- Fensterrahmenmachern nach Plauen i. V.;
- Arbeitern auf photographische Apparate nach Rottbus (Nischke).

#### Zur Arbeitslosigkeit die Fleischnoth.

I.

-dt. Aus allen Gegenden Deutschlands, selbst aus rein ländlichen, werden bedeutende Steigerungen der Fleischpreise angezeigt, die für die deutsche Arbeiterschaft, welche durch die wirtschaftliche Depression ohnedies hart betroffen ist, eine weitere bedeutende Verschlechterung ihrer Lebenshaltung im Gefolge haben. So werden aus Bayern, dem Elsaß, Thüringen, Sachsen, Braunschweig, Hannover, Berlin, und Hamburg, ja, sogar aus einer Reihe von Orten des fast ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter tragenden Mecklenburg Steigerungen in den Fleischpreisen gemeldet, die es dem Arbeiter geradezu unmöglich machen müssen, dieses notwendige Volksnahrungsmittel weiter noch zu konsumieren; in Berlin beträgt der Preis des Schweinefleisches beispielsweise 90  $\frac{1}{2}$ , des Rindfleisches 90  $\frac{1}{2}$  bis M. 1 das Pfund, ähnlich in Hamburg, in Dresden, in Halle, Merseburg, Halberstadt, in einigen Städten Thüringens, in Offenbach, Frankfurt a. M.; von Mülhausen i. Elz. wird berichtet, daß das Kalbfleisch nicht unter M. 1 zu haben ist und bessere Qualitäten kosten sogar M. 1,10—1,20, das Schweinefleisch kostet 80  $\frac{1}{2}$ , Hammelfleisch 80  $\frac{1}{2}$  bis M. 1 und Rindfleisch 68—80  $\frac{1}{2}$  und das trotz der Nähe der französischen und Schweizer Märkte, wo die Fleischpreise durchschnittlich 20—30 pZt. niedriger sind, als auf deutschen Märkten. Eine allgemeine Fleischnoth ist ausgebrochen und man muß sich fragen, wie soll das enden. So weit haben es die Agrarier also schon gebracht. Seit Jahren haben sie auf die Grenzsperrre für ausländisches Vieh

und Fleisch hingearbeitet. Und in diesem Kampfe sind sie seit den letzten zwei Jahrzehnten von Erfolg zu Erfolg geschritten. Und ist denn das verwunderlich bei dem großen Einfluß, den sie in den Parlamenten und den Regierungen ausüben — die Regierungen arbeiten ja nur für sie — und der Unverschämtheit, mit der sie stets ihre Forderungen zu vertreten wußten. Das beweist ihr jederzeitiges Auftreten für die Sperrung der Grenzen gegen ausländische agrarische Erzeugnisse. Zur Begründung dieser Maßregel wurde stets vorgeschützt, daß sie, besonders bei der Vieheinfuhr, aus sanitären Rücksichten geboten sei; man machte daraus aber auch kein Hehl, daß auch Preisrückichten zu dieser Maßregel führen können und führen müssen. Spricht es doch das „Agrarische Handbuch“ des Bundes der Landwirthe offen aus, daß „ausreichender Zollschutz“ (nach dem Maßstabe, daß u. A. für Getreide statt wie bisher M. 3,50 pro Doppelzentner, M. 10 festzusetzen wären) zum Schutze der landwirtschaftlichen Interessen nicht ausreicht, daß es in besonderen Zeiten großen Preisrückganges der landwirtschaftlichen Erzeugnisse geboten sei, die Grenzen überhaupt zu sperren und durch eine künstlich gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln ihre Preise in's Ungemeinere steigern zu können. Nehmlich die Zentrumsagrarier. Einer der agrarischen Macher dieser Partei erklärt unumwunden:

„Ein rationeller und lohnender Betrieb (der Viehzucht) ist aber auch hier nur möglich, wenn die Einfuhr aus dem Auslande den Markt nicht zu sehr drücken kann und alle Vorzüge getroffen wird, um die verheerenden Viehseuchen möglichst einzudämmen.“

Hier ist, wie auch im „Agrarischen Handbuch“ das Hauptgewicht auf den Werth der Grenzsperrre bei Preisoperationen gelegt, während die veterinären Gesichtspunkte erst in zweiter Linie kommen und sehr oft nur mehr einen Vorwand zur Verwärtelung des ungeheuerlichen Selbsteressstandpunktes der Agrarier bieten müssen. Und so war es eben immer bisher, wenn die Agrarier mit ihrer bekannten Unverschämtheit die hermeische Versperrung der Grenzen gegen ausländische agrarische Erzeugnisse zur parlamentarischen Erörterung brachten, und die vermöge ihres Einflusses darauf hin beschlossenen Aktionen kamen praktisch auf nichts weiter hinaus, als auf eine bedeutende Preissteigerung der davon betroffenen Produkte und Lebensmittel.

In erster Linie richtete sich die Grenzsperrmaßregel gegen das Fleisch im Ueberflusse produzierende Amerika. Am 26. Juni 1880 wurde die Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch (nach der deutschen Auslegung auch von Mischfleisch) wegen Trichinenverdachts verboten; Schinken und Speckseiten blieben vorläufig noch ausgenommen. Am 6. März 1883 ging man einen Schritt weiter in der Absperrung; Schweine und Schweinefleisch, „unter Einschluss von Schinken und allen Arten von Würsten amerikanischen Ursprungs“, wurden von ihr betroffen. Die Maßregel wurde wieder mit sanitären Erwägungen begründet.\*\*) Deutschland dehnte später die Verbote auch auf andere Länder aus. In Verfolg des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 und seiner Ergänzungen vom 1. Mai 1894, durch das ausreichende Schutzmaßregeln zur Beaufsichtigung der Schlachthäuser und Stallungen für Handelsvieh, Absperrung gefährdeter Bezirke, Desinfektion, Schutzimpfung u. A. gegeben waren, wurde eine Grenzsperrre gegen Schweine und

Schweinefleisch aus Dänemark und Rußland, eine Quarantäne von vier Wochen gegen alle seewärts eingehenden Wiederkäufer bezw. eine zehntägige gegen die Probenienz (Herkunft) aus Dänemark, Schweden und Norwegen angeordnet; aus Holland und Belgien darf Milch, aus Amerika wegen des Texasfiebers Rindvieh und frisches Rindfleisch nicht eingeführt werden, und andere Maßregeln dieser Art. Alle diese Maßregeln wurden stets als Maßnahmen gegen Seuchenverschleppung bezeichnet, obwohl, wie später des Oesteren festgestellt worden ist, die Seuchenverschleppung mehr durch die nachlässige Handhabung der sanitären Bestimmungen im Inlandhandel gefördert worden ist. Denn bekannt ist ja, daß beispielsweise die Maul- und Klauenseuche im Anfang und Mitte der 90er Jahre ihren Höhepunkt erreichte, obwohl die oben genannten vegetarischen Grenzmaßregeln lange angewandt worden waren. Daraus zogen die Agrarier — bei ihrer Unverschämtheit natürlich — nicht jenen Schluß, den sonst jeder logisch denkende Mensch gezogen haben würde, daß der eigentliche Anstoß zu den Viehseuchen an den landwirtschaftlichen Verhältnissen des Inlandes liege, an der notorischen Schlampe, mit der die Landwirtschaft in vielen Gegenden Deutschlands, besonders da, wo Großgrundbesitz vorherrscht, gegeben sei und eine gründliche Selbstbesserung näher liege, als die Aufrechterhaltung und Förderung der Grenzsperrre gegen ausländisches Vieh.

Zu dieser Konsequenz verstriegen sich aber nicht die Agrarier. Im Gegentheil, nunmehr erklärten sie, die früheren, ohnedies schon übermäßig weitgehenden Vorkehrungen dieser Art seien nicht weitgehend genug. Und die agrarischen Führer der Konservativen und der Zentrumsparthei überboten sich in Forderungen, die darauf hingingen, die Regierung zur Verschärfung oder vollständigen Durchführung der Grenzsperrren scharf zu machen. So forderte der Zentrumsabgeordnete Frigen schon im Jahre 1896 bei der Staatsberatung vollständige Sperrung der dänischen Grenze und Schutz gegen das „übermäßige Einschleppen“ von Fleisch aus Holland, „weil gerade das frisch geschlachtete Fleisch ein Träger der Ansteckung ist“. Und bei der zweiten Staatsberatung im Anfang des Jahres 1897 forderte eine ultramontan-konservative Mehrheit des Reichstages in aller Form von der Regierung die vollständige Sperrung der Grenze oder Einfuhrung einer länger dauernden Quarantäne für ausländisches Vieh von 10, 21 bezw. 28 Tagen in besonders dazu erbauten Quarantänestellungen.

Die auf agrarische Forderungen allezeit bereitte Regierung war natürlich eifrig bestrebt, den Agrariern auch in diesem Falle zu Willen zu sein. Mit einer bei ihr ungewohnten Schnelligkeit brachte sie bereits am 17. Februar 1899 im Reichst. ein Gesetz ein, das allerdings nur die Schlachtvieh- und Fleischbeschau reformieren sollte, thatsächlich aber auf weiter nichts Anderes, als auf die Erfüllung der oben fixirten agrarischen Forderung hinauslief. Und dieser Charakter ist dem Gesetz durch die Verathung des Reichstages, durch die Rücksichtslosigkeit, mit der die Agrarier auch da ihre extrem-agrarischen Forderungen vertraten, erst recht aufgedrückt worden. Was kümmerten die konservativ-ultramontanen Abgeordneten denn die Interessen der armen Bevölkerungsschichten, die durch diese agrarische Politik in ihrer Lebenshaltung eminent geschädigt wurden, das eigene Geldbeutelinteresse lag näher, als das Allgemeininteresse. Das Gesetz wurde in einer Form votirt, die den gänzlichen Ausschluß des ausländischen Fleisches zur

\*) Bichler, „Zentrum und Landwirtschaft“, S. 253 u. f.  
\*\*) Schippel, „Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch“, S. 43 u. 44.

Folge haben muß. Und die Folgen dieser agrarischen Deutepolitik sehen wir denn ja auch in der jetzigen Fleischnot.

Denn durch die fast unmöglich gewordene Zufuhr ausländischen Schlachtviehes ist ein solcher Mangel an Schlachtvieh auf dem Inlandmarkt eingetreten, wie nie zuvor, und die Behauptung der Agrarier, die sie auch in den Zollberathungen stets mit Nachdruck hervorgehoben haben, daß die deutsche Landwirtschaft zur Deckung des Inlandsbedarfes in der Lage sei, ist durch die allerdings recht traurigen Ereignisse der letzten Zeit aufs Glänzendste widerlegt worden.

Zum Beweise des Ersteren nur folgende Zahlen: In Berlin sind in den vier Monaten April bis Juli des Jahres 1901 auf dem Schlachthof noch 54 524 Rinder, 265 502 Schweine, 62 701 Kälber und 158 994 Hammel, im Ganzen also 541 721 Stück Vieh geschlachtet worden.

In Dresden ist, nach den Angaben der dortigen Fleischermnung der Viehaufrtrieb auf dem Dresdener Viehmarkt in den sieben Monaten vom 1. Januar bis 31. Juli dieses Jahres um 38 pZt. gegen denselben Zeitraum des Jahres 1900 zurückgeblieben.

In Sachsen überhaupt sind nach der „Frankf. Ztg.“ im Jahre 1901 nach dem kürzlich erschienenen Bericht über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau 5,08 pZt. weniger Schweine als im Jahre zuvor geschlachtet. Der Bericht führt diese Thatsache auf einen Mangel an Schlachtschweinen zurück den er im Interesse der Volksernährung bedauert.

In Oera sind im Jahre 1901 gegen das Jahr 1900 gegen 600 Schweine weniger geschlachtet worden, in diesem Jahre dürften weitere 1000 Schweine weniger geschlachtet werden als im Vorjahre.

In München ist, nach den Angaben des Magistrats, seit 1901 ein ständiger Rückgang der Zahl der zu Markte gebrachten Schweine und der Schweineschlachtungen zu verzeichnen. Während im Jahre 1900 im dortigen Viehhofe 302 693 Schweine zu Markte gebracht wurden, sind im Jahre 1901 nur 262 121 Schweine dem Viehhofe zugeführt worden, also um 40 572 weniger.

So liegen allein in München schon 1901 die Preise der Schweine um M. 1-4 pro 50 Kilogramm höher als im Jahre 1900, und das Jahr 1902 brachte weitere Steigerungen der Engrospreise, ebenso der des Großviehes, der pro 50 Kilogramm sich um M. 3-5 erhöht hat und noch weiter am Steigen ist.

Das sind die Folgen der agrarischen Politik, die ja weiter nichts bedeutet, als einen gezielten vertriebenen Raub im Großen auf die Taschen der konsumierenden Bevölkerung auszuüben.

Während die Mithere der Fleischnot, wie sie durch die agrarische Exportpolitik jetzt hervorgerufen worden ist, in den nächsten Jahren schon allein durch die Bestimmungen

des Schlachtvieh- und Fleischschaugesetzes eine bedeutende Steigerung erfahren. Der § 14a des genannten Gesetzes, wonach die Einfuhr von Fleisch, ausgenommen Schweineschmalz, Speck, reine Oleomargarine und Därme, gänzlich verboten ist, tritt nämlich erst mit dem 1. Januar des Jahres 1903 in Kraft, was dann eintreten wird, hat ein Fleischwarenhändler in einer Zuschrift an den Wilow-Bürokraten „Hamb. Corr.“ sehr richtig umschrieben, wenn er sagt, daß den deutschen Konsumenten damit gegen 20 Millionen Pfund Schweineleber, Nieren, Herzen, Nieren, Schultern, Zungen usw. fremdländisches Fleisch entzogen werde, und was dann überhaupt noch hereinkommt, müsse verfälscht sein, wäre also nach den Maximen des Reichsgesundheitsamtes gesundheitlich nicht zweifellosfrei.

Nette Aussichten das! Wer aber glaubt, die Agrarier könnten jetzt Veranlassung nehmen, von ihrem gar zu extremen Standpunkte angesichts der Nothlage des Volkes zurückzukommen, der hat sich in ihnen schwer getäuscht. Die Agrarier haben uns mit Peitschen gezüchtigt, sie wollen uns mit Skorpionen züchtigen. Sie sind nun einmal nicht gewohnt, auf halbem Wege stehen zu bleiben, wenn es gilt, einen Raubzug zu machen.

Geschäftsbericht der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft pro 1901.

Im „grün-weißen“ Gewand erschien soeben der Geschäftsbericht der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft. Wer hätte auch nur einen Augenblick gezweifelt, daß unsere sächsischen Fabrikanten „treue Patrioten“ sind? Auch der Geschäftsbericht selbst zeigt uns, daß diese Sachsen sehr „helle“ sein müssen, verschweigt er uns doch eine Unmasse wichtiger Punkte, die andere Geschäftsberichte kennen, jedenfalls in der Voraussetzung, daß dem Unternehmertum diese längst bekannt seien zc.

Die Berufsgenossenschaft zählte am Schlusse des Jahres 1901 insgesamt 3412 Betriebe, die im Durchschnitt 31 107 Arbeiter beschäftigten. 464 Betriebe ruhten für die Genossenschaft, da „von denselben keine Löhne gezahlt wurden“.

Versichert waren: 2414 Maschinenbetriebe mit 27645 Durchschnittsarbeitern. 1398 Handbetriebe mit 3462

Ga. 3412 Betriebe mit 31107 Durchschnittsarbeitern.

Es entfallen hiernach auf jeden Maschinenbetrieb durchschnittlich 13,7 Personen Handbetrieb durchschnittlich 2,5 oder auf jeden Betrieb 9,1

Die Zunahme der Berufsgenossenschaft ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Jahrgang, Zahl der Betriebe, Zahl der Personen, Durchschnittszahl der Personen pro Betrieb. Rows for years 1887-1901.

Die Durchschnittszahl der beschäftigten Personen ergibt, daß die Maschinenbetriebe Großbetriebe sind und bei 13,7 Personen pro Betrieb mehr als 5 mal mehr Arbeiter pro Betrieb beschäftigen als die Handbetriebe. Unter dem Verzeichniß der versicherten Betriebsarten fallen uns auf unter a) Maschinenbetriebe: Sägewerke mit 5006, Tischlereien mit 4300, Holzwarenfabriken mit 2260, Bürstenfabriken mit 2036, Drechslerereien mit 1852, Spielwarenfabriken mit 1286 versicherten Arbeitern; unter b) Handbetriebe: Bautischlereien mit 1285 Arbeitern.

Die Betriebe sind in 10 Gefahrenklassen eingetheilt. Selbstversichert hatten sich 19 Unternehmern zc. in Maschinenbetriebe und nur 7 in Handbetriebe, ein Zeichen, wie hoch die Unternehmer „ihre“ Berufsgenossenschaft selbst einschätzen!

Die arbeitsfähigen Löhne der versicherten Arbeiter betragen

Table with 2 columns: Year, Lohn (M.). Rows for years 1887-1901.

Die Löhne sind also gegen das Vorjahr um M. 150 891 zurückgegangen. Sie betragen im Jahre 1900 bei 30 797 versicherten Personen im Durchschnitt M. 821, im Jahre 1901 bei 31 107 versicherten Personen im Durchschnitt M. 816 pro Kopf der versicherten Personen!

Der Bericht hat natürlich für diese auffälligen Zahlen gar keine Worte. Was genirt es das Unternehmertum auch, daß die notwendigen Ausgaben des Arbeiters durch Vertheuerung der Lebensmittel zc. steigen, dafür die Löhne zurück-

gegangen sind? „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“, besagt ein „scheenes“ Sprüchwort, welches aber gerade von denen, die am allermeisten und auch am besten essen, garnicht befolgt wird. Die Arbeiter sollen „sparen“, damit sie in Zeiten der Noth etwas zu essen haben, ist eine andere Nebenart, die ja auch im hellen Sachsenlande sehr geläufig ist. Ob man aber bei „Mieselöhnen“ von M. 816-821 wirklich in heutiger Zeit sparen kann?

Im Berichtsjahre wurden 1097 Unfälle der Berufsgenossenschaft angemeldet. Die Zahl der Unfälle ist nach dem Bericht gegen die Vorjahre etwas zurückgegangen. Sie betrug:

Table with 2 columns: Year, Unfälle. Rows for years 1898-1901.

Der Bericht verschweigt uns dabei, daß im Jahre 1901 auf 1000 beschäftigte Personen 35,2 Unfälle kamen. Er hat natürlich für seine Statistik viel kleinere Zahlen, da er nur mit der Zahl der entschädigten Unfälle des Jahres 1901 rechnet. Von 1097 Verletzten erhielten nur 388 Verletzte Rente zugesprochen, so daß also 709 Unfälle garnicht entschädigt wurden!! Rechnet man, wie der Bericht, nur mit 388 Unfällen, dann kamen allerdings auf 1000 versicherte Personen nur 12,47 Unfälle und wird dann „Jedermann“ einsehen, daß der Beruf eines Holzarbeiters ganz „ungefährlich“ ist. Ja, Zahlen beweisen!

Wie sich die 1097 gemeldeten Unfälle vertheilen, ist aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich, die wir aus dem garnicht übersichtlichen, deshalb schwer verständlichen Tabellenwerk gewonnen haben.

a) Kraftbetrieb.

Table with 4 columns: Gegenstand der Betriebe, Zahl der Betriebe, Zahl der Arbeiter, Unfälle im Jahre 1901. Rows for various industries like Sägewerke, Bauwerken, etc.

b) Handbetrieb.

Table with 4 columns: Gegenstand der Betriebe, Zahl der Betriebe, Zahl der Arbeiter, Unfälle im Jahre 1901. Rows for industries like Möbelfabriken, Tischlereien, etc.

Welch interessantes Bild bietet uns diese Zusammenstellung. Wie groß ist die Gefahr für die beschäftigten Arbeiter in einzelnen Betriebsarten der Großindustrie! Welche Opfer fordern die Maschinen! Sinegenen entfielen auf die 1398 gemeldeten Handbetriebe mit 3462 Arbeitern nur 38 Unfälle, so daß also der Maschinenbetrieb 1059 Unfälle verursachte!!! „Veranlassung“ der gemeldeten Betriebsunfälle war nach dem Bericht:

Table with 2 columns: Cause of accident, Anzahl der Fälle. Rows for causes like Dampfessel, Transmissions, etc.

Die Kreisfrage fordert also die meisten Opfer! Von den 388 entschädigten Unfällen des Jahres 1901 ereigneten sich 377 in maschinellen und 11 in Handbetrieben. Sie betrafen:

369 Erwachsene männlichen Geschlechts,  
5 weiblichen  
14 Jugendliche männliche (unter 16 Jahren).  
Als Folgen der Verletzungen wird uns (ebenfalls nur über die Zahl der entschädigten Unfälle berichtet) bezeichnet:  
Tob ..... 13 Fälle,  
Völlige dauernde Erwerbsunfähigkeit ..... 1 Fall,  
Theilweise dauernde Erwerbsunfähigkeit ..... 285 Fälle,  
Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit ..... 89 "

Die Getödteten hinterließen der Berufsgenossenschaft 8 Wittwen und 21 Kinder zur „Versorgung“!

Nur 168 Verletzte legten Berufung gegen ihre Rentenbescheide zu den Schiedsgerichten ein. Davon wurden abgewiesen 70, zurückgewiesen wegen Fristversäumnis 4, durch Vergleich erledigt 22, anerkannt nur 7, zurückgezogen 3, Verurtheilung der Berufsgenossenschaft 21, unerledigt am Jahres-schluss 26. Also von 142 im Jahre 1901 erledigten Berufungen wurde die Berufsgenossenschaft nur in 21 Fällen zur Zahlung der geforderten Rente verurtheilt!!!

Dasselbe Glück hatte natürlich die Berufsgenossenschaft auch im Refurswege an's Reichsversicherungsamt. Es wurden 16 Refurse da erledigt; davon verworfen 9, anerkannt 6, 1 wegen Fristversäumnis zurückgewiesen.

Zufrieden mit den Misserfolgen, zahlte die Berufsgenossenschaft im Berichtsjahre aus: Für Kosten des Heilverfahrens (107 Personen) M. 4572,25, Renten (2065 Pers.) M. 259 482,04, Beerdigungskosten (15 Pers.) M. 851,41, Renten an Wittwen Getödteter (105 Pers.) M. 16 198,38, Abfindung an Wittwen im Falle der Wiederverheirathung (3 Pers.) M. 1694,05, Renten an Kinder Getödteter (170) M. 19 406,36, an Ascendenten (1) M. 218,40, Renten an Ehefrauen der im Krankenhause untergebrachten Verletzten (24 Pers.) M. 759,15, deren Kinder (42) M. 1229,10, Kur- und Pflegekosten (33) M. 3726,87.

1331 Unternehmer mußten wegen rückständiger Beiträge gemahnt, bei 264 Unternehmern die Beiträge gepfändet werden.

Interessant ist nachstehende Tabelle des Berichtes. Es zählten an Beiträgen pro 1901:

	Bis 50 M.		M. 50 bis 100		M. 100 bis 200		M. 200 bis 300		M. 300 bis 1000		M. 1000 bis 4000	
	50 M.	bis 100 M.	100 M.	bis 200 M.	200 M.	bis 300 M.	300 M.	bis 1000 M.	1000 M.	bis 3000 M.	3000 M.	bis 4000 M.
Kraftbetriebe...	13	20	113	147	564	762	241	5				
Handbetriebe...	196	137	323	108	203	60						
Insgesamt...	209	157	436	255	767	822	243	59				

464 Betriebe zahlten keine Beiträge, davon 366 Bau-tischlereien!

Ueber Unfallverhütung wird uns in ganzen 7 Zeilen berichtet. Darnach hat der technische Aufsichtsbeamte 185 Betriebe revidirt und mußte „ebenfalls wieder eine große Anzahl Unternehmer unter Hinweis auf die diesseitigen Unfallverhütungsvorschriften zur Beseitigung der Mängel bezw. zur Anbringung geeigneter Schutzvorrichtungen, namentlich für Kreissägen und Abriechmaschinen, veranlaßt werden“. Das ist Alles! Wer die schrecklich große Anzahl Unfälle beachtet, die sich an Kreissägen ereigneten, wird wohl erwarten haben, daß der Bericht über dieses wichtige Thema mehr Raum gehabt hätte!

Doch was kümmert das die Unternehmer! An den meisten Unfällen sind eben nach ihrer Ansicht doch die „unachtsamen Arbeiter“ selbst schuld. Die Unternehmer thun ja ihre Schuldigkeit, zahlen ihre Beiträge aus „eigener Tasche“, verwalten die Berufsgenossenschaften im „Ehrenamte“. Welche „Mühen“ diese Verwaltung mit sich bringt, erzählt uns der Bericht selbst: „Der Genossenschaftsvorstand hat zwei Sitzungen, am 6. Mai und am 12. August 1901, abgehalten“!

Mehr kann man wirklich nicht verlangen! E. G.

### Soziale Pflichten der Arbeiter.

Unter dieser Ueberschrift macht ein Artikel aus der „Breslauer Volkswacht“ die Kunde durch die Partei- und Gewerkschaftsblätter, der sich mit einer Holzarbeiter-versammlung in Breslau resp. mit den Beschlüssen des Mainzer Verbandstages: „Die Gehaltserhöhung der Verbandsbeamten“ beschäftigt. Der darauf bezügliche Theil lautet:

„Wie viel Rücksichtigkeit und Kurzsichtigkeit und leider auch kleinlicher Egoismus hat sich da nicht offenbart. Man fragt sich verwundert, wie solches unter aufgeklärten, nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage mit Ernst und Eifer strebenden Arbeitern noch möglich sein kann? Eine stürmisch erregte, leidenschaftlich verhandelnde Versammlung organisirter Arbeiter! Was regt denn die Gemüther so heftig auf, was raubt ihnen die kühle Ruhe, was läßt die feine Disziplin gewerkschaftlich organisirter Männer so völlig verschwinden, daß es nicht mehr möglich ist, zu verhandeln, daß Redner niedergeschrien werden, selbst sonst hochangesehene, berehrte Kollegen nicht angehört werden und die Versammlung am Ende ohne Resultat auseinander gehen muß, weil die immer mehr überhand nehmende Verwirrung und Unruhe die Vornahme einer regelrechten Abstimmung verhindert?“

Das muß schon ganz etwas Schlimmes, Schweres sein, das unsere trefflich organisirten, ruhigen Holzarbeiter so völlig aus dem Takt bringt. Gewiß eine empörende Lohnreduktion, die Alle dem bittersten Elend preisgibt? Oder eine brutale Massenmaßregelung, ein ungeheuerlicher Angriff der Arbeitgeber auf die Organisation, auf das heilig gehaltene Koalitionsrecht? Am Ende gar eine abjecte

Verrätheri in den eigenen Reihen, wie sie glücklicherweise selten bei organisirten Arbeitern vorkommt? Nichts von alledem! Nur um die beschlossene Gehaltserhöhung für die leitenden Beamten der Gewerkschaft handelt es sich, materiell um eine geradezu lächerlich geringfügige Bagatelle, um die allmähliche Steigerung von Gehältern, die jetzt M. 1800 bis M. 2040 betragen, auf M. 2000 bis M. 2400 pro Jahr. Im Holzarbeiterverband sind 70 000 Mitglieder, diese Gehaltssteigerung würde also vorläufig für jedes Mitglied im ganzen Jahre vielleicht 2-3, im Höchsthalle nach Jahren 5-3 pro Mitglied und Jahr Mehrbelastung ausmachen.

Und deshalb der Lärm? In der That, das ist nicht sehr erhebend für eine gute gewerkschaftliche Organisation. Solche geschäftliche Sachen sollten in jedem Falle ruhig und sachlich und mit kurzen Worten abgemacht sein. Aber wenn die langwierige, stürmische Verhandlung nur das einzige Labellsmertze an dieser Versammlung gewesen wäre. Viel schlimmer war der Umstand, daß sicher die Hälfte, Manche sagen, erheblich mehr als die Hälfte der anwesenden Mitglieder gegen diese Gehaltserhöhung war und daß diese Ablehnung mit den rüchständigen und kleinlichen Gründen vertheidigt wurde.

Dieselben Arbeiter, die für sich selbst möglichst hohen Lohn und möglichst geringe Arbeitszeit erstreben, zeigen sich als erbitterte Gegner einer kleinen Erhöhung des wirklich nicht besonders hohen Gehalts ihrer ersten Beamten. Wenn ein Arbeitgeber seine Zurückweisung einer Lohnforderung mit solchen beleidigenden Bemerkungen über den Hochmuth der Lohnerhöhung fordernden Arbeiter, über ihre leichte Ersehbarkeit durch Andere usw. begleitet hätte, wie das hier gegenüber den Gewerkschaftsbeamten, den Führern der Arbeiter, von diesen Arbeitern selbst geschah, man hätte sich in flammende Entrüstung über den brutalen, ausbeutenden Arbeitgeber hineingerebet. Es war beschämend für die ganze Gewerkschaft, daß so viele Mitglieder solchen Worten Beifall zollen konnten.

Besonders „zog“ der Hinweis auf den niedrigen Lohn vieler Holzarbeiter und auf den gegenwärtigen schlechten Geschäftsstand. Daß dieser Hinweis materiell ganz unbedeutend war, zeigte ich schon an der Thatfache, daß die Mehrbelastung pro Mitglied nur ein paar Pfennige im ganzen Jahr ausmacht. Verständige, klarsichtige Gewerkschaftsmitglieder werden es auch verschmähen, mit solchen demagogischen Kniffen auf die weniger einsichtsvollen Kollegen einzuwirken. Wären englische Gewerkschaftsmitglieder Zeugen jener Verhandlung gewesen, sie hätten gar verwundert den Kopf schütteln müssen über die Thorheit und Rücksichtslosigkeit ihrer deutschen Arbeitsbrüder. Die englischen Gewerkschaftler, die es mit ihren Organisationen dazu gebracht haben, den deutschen als glänzendes Vorbild zu dienen, haben sich ihren Beamten gegenüber niemals kleinlich und kniderig gezeigt. Sie sagten sich:

Wir müssen zunächst aus Gerechtigkeits-, aus Anstands-gefühl unsere Beamten gut, ja sehr gut bezahlen. Denn was wir für uns erstreben, das müssen wir doch denen, die für uns arbeiten, voll und ganz gewähren. Das erfordert auch die Logik. Aber auch unser eigenes Interesse fordert das, ja fordert, daß wir unsere Beamten noch besser bezahlen, wie wir hoffen dürfen, selbst hohen Lohn zu erbringen. Die Arbeitergewerkschaft hat die mächtigsten, klügsten und deshalb gefährlichsten Gegner, die man sich denken kann. Und sie braucht deshalb die geschicktesten, klügsten und pflichttreuesten Beamten, die man sich denken kann, wenn sie im Kampfe mit den Unternehmern siegen will. Solche Beamten bekommt man aber nicht für einen geringen Lohn, denn überall im kapitalistischen Staat gilt der Grundsatz: Besseren Lohn für bessere Leistung, und deshalb zahlen die englischen Arbeiter ihren Beamten so hohe Gehälter, daß in Deutschland fünf und sechs Gewerkschaftsbeamte sich glücklich schätzen würden, wenn sie zusammen so viel Gehalt hätten, wie in England ein einziger Beamter der Gewerkschaft es erhält.

Die englischen Arbeiter sind mit diesen Grundsätzen wahrhaftig nicht schlecht gefahren, wie die gewaltige Entwicklung ihrer Gewerkschaftsorganisationen zeigt. Sie haben sich nie von dem thörichten Gerede beeinflussen lassen, daß man von den Beamten in erster Linie ideale Uneigennützigkeit in Beziehung auf ihre persönliche Lebenslage fordern müsse. Arbeitskraft, Geschäftlichkeit, Fleiß und Treue fordert der englische Arbeiter von seinen Gewerkschaftsführern und dafür stellt er sie materiell so gut, daß ihnen nie der Gedanke kommt, einen anderen besser bezahlten Beruf zu ergreifen, daß sie nie mit Noth und Sorgen kämpfen, nie mit Furcht in die Zukunft zu sehen brauchen, falls sie alt und arbeitsunfähig geworden sind. Und niemals würde es englischen Arbeitern einfallen, ihren Führern und Beamten zu sagen oder auch nur anzudeuten, daß sie abhängige Leute sind, die das Brot des Arbeiters essen. Nein, er behandelt sie mit größter Hochachtung, denn er weiß, es sind Männer, die ihre ganze Kraft für seine Interessen einsetzen, es sind Männer, die er braucht, die er unbedingt nötig hat, wenn er vermittelt seiner Organisation seine Lebenshaltung aufrecht erhalten und bessern will im Kampfe mit den ver-schlagenen Kapitalisten.

Wie anders sieht es noch in den Köpfen deutscher Arbeiter aus. Es macht die Sachlage nicht gerade erfreulicher, daß es nicht nur Breslauer, also im fernen, wenig kultivirten Osten befindliche Arbeiter sind, die so ihre soziale Rücksichtslosigkeit offenbaren, sondern daß schon über zwanzig andere Zahlstellen des Verbandes in gleicher Weise vorgehen und die Bewegung in dem vermeintlich höher entwickelten Westen ihren Anfang genommen hat. Auch Hamburger organisirte Arbeiter, Schneider und Buchbinder, haben vor Kurzem einen ähnlich engherzigen Standpunkt in der Gehaltsfrage behauptet. Das zeigt nur, wie weit entfernt viele deutsche Arbeiter noch von dem Verständniß sind, nicht der sozialen Pflichten, die Andere gegen sie zu erfüllen haben, sondern die sie selbst gegen Andere, gegen die ihnen zunächststehenden Führer und Beamten ihrer eigenen Bewegung zu erfüllen haben.

Wir wollen nicht behaupten, wie es auch Genosse B. zweifellos nicht wollte, bemerkt dazu die „Säch. Arbeiter-Zeitung“, daß solche Ansichten überall unter den organisirten Arbeitern herrschen. Es kann konstatiert werden, daß z. B. die Buchdrucker, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und Andere, ohne daß es zu solchen „Aus-sprachen“ gekommen ist, die Verhältnisse ihrer Angestellten bedeutend gebessert haben.

Erfreulicherweise schwinden mehr und mehr solche unsozialen Ansichten unter den Arbeitern und machen einsichtigen Platz — zum Besten der Arbeiterbewegung.

### Zum Protest gegen einige Verbandstagsbeschlüsse.

Die Zahlstelle Ehrenfeld ist prinzipiell mit der Resolution Hannover einverstanden, besonders bezüglich der Diäten und der Anregung, daß Anträge, Gehälter betreffend, vor dem Verbandstag bekannt gegeben werden sollen. Desgleichen ist die Versammlung gegen Agitationstouren, wie solche in diesem Jahre veranstaltet sind, weil die Erfolge zu den Kosten in keinem Verhältnis ständen. Sie lehnt es aber ab, sich dem Protest Hannovers anzuschließen, da Verbandstagsbeschlüsse durchgeführt werden müssen. Die Zahlstelle will auch dahin wirken, daß in Zukunft mehr werththätige Kollegen als Delegirte gewählt werden, die den Kollegen auf diesem Gebiete mehr Rechnung tragen.

Die Zahlstelle Nürnberg nahm in einer äußerst zahlreich besuchten Mitgliederversammlung nach einem Referat des Kollegen Schneegaß mit erheblicher Majorität folgende Resolution an: „Die heute im „Café Merl“ tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Schneegaß im Wesentlichen einverstanden und spricht die Erwartung aus, daß alle Mitglieder die Verbandstagsbeschlüsse respektiren werden und weiter auf diesen Grundlagen dazu beitragen, unseren Verband auszubauen, ihm immer mehr Mitglieder zuzuführen, um unsere Kämpfe in der wirksamsten Weise durchführen zu können.“

In Burg wurde gegen eine Stimme beschlossen, „das Experiment Hannover nicht mitzumachen.“

In Steglitz wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Zahlstelle Landshut nahm eine derartig gepfefferte Resolution gegen die Protestler an, daß wir es nicht wagen, sie zu veröffentlichen.

Die Zahlstelle Blankenburg a. Harz anerkennt die Verbandstagsbeschlüsse, hätte aber gewünscht, daß zur Gehaltserhöhung eine günstigere Geschäftsperiode gewählt worden wäre.

Die Zahlstelle Breslau beschäftigte sich mit dem Protest Hannover am 21. Juli. Kollege Rosenberg be-fürwortet, sich der Resolution anzuschließen; dagegen sprechen Bergmann (Delegirter), Brose u. A. Nach längerer Debatte wird beantragt, am 1. August u. f. weiter zu debattiren. Das geschieht. Rosenberg spricht als Referent für den Anschluß an die Protestresolution, Bergmann und Peterhansel dagegen. Die Versammlung nahm aber einen sehr stürmischen Verlauf, daß eine Abstimmung nicht möglich war. Am 19. August findet eine neue Mitgliederversammlung statt. In dieser kommen nachfolgende Resolutionen zur Abstimmung. Resolution 1: „Die heutige Mitgliederversammlung schließt sich der Protestresolution der Zahlstelle Hannover an. Sie ist der Ansicht, daß in dieser schlechten Geschäftsperiode die Erhöhung der Gehälter der Beamten gegenüber den um das Aeußere so schwer kämpfenden Kollegen eine Ungerechtigkeit ist. Auch erkennt die Versammlung eine Pensionsberechtigung der Beamten so lange nicht an, bis ähnliche Einrichtungen für die Kollegen selbst geschaffen sind.“ Resolution 2: „Die Versammlung erklärt sich mit den auf dem letzten Verbandstage gefaßten Beschlüssen bezüglich der Gehaltserhöhung der Verbandsbeamten einverstanden und verurtheilt die Resolution Hannover ganz entschieden, da dieselbe geeignet ist, die Disziplin zu gefährden, welche in einem Gewerkschaftsverbande unumgänglich notwendig ist, wenn derselbe nicht der Korruption verfallen soll und weil sie besonders im Schlußsatz eine schwere Verletzung der Solidarität erblickt, durch welche der Verband auf das Empfindlichste geschädigt werden kann.“ Für die Resolution 1 stimmten 181, für die Resolution 2 163 Mitglieder, 9 Stimmen waren ungültig. (Für drei Versammlungen Zeit und Geld geopfert, um sich ein solch bedauerliches, klägliches Zeugniß auszustellen! Siehe in heutiger Nummer: Soziale Pflichten z. von J. Wulms in der Breslauer „Volkswacht“. Die Red.)

Von einer Protestkommission der Holzarbeiter in Stuttgart, Gaisburgstr. 3, ging uns, wie bereits in Nummer 34 der „Holzarb.-Ztg.“ bemerkt, ein Eingekant zu, mit „Die Beauftragten der Zahlstelle Stuttgart“ und dem Stempel der Verwaltung unterzeichnet. Da uns nun ganz unbekannt war, wer der Einsender oder die Beauftragten seien und der Stempel allein garnicht maßgebend ist, weil er uns keine Garantie bietet dafür, daß die Verwaltung auch die Verantwortung übernimmt, unterblieb die Veröffentlichung. Wir hätten nun erwartet, daß die Beauftragten oder deren Obmann resp. Einsender sich nach der Veröffentlichung des Artikels in Nr. 34 bei uns melden würden, was in diesem Falle ihre Pflicht war, weil sie wußten, aus welchem Grunde die Veröffentlichung nicht erfolgen konnte. Das geschah nicht. Statt dessen wendet man sich an die Preßkommission und verlangt die Aufnahme des Berichtes der Beauftragten. Die Preßkommission entschied, daß jetzt, nachdem der Name des Einsenders durch die Beschwerte bekannt geworden, der Veröffentlichung nichts mehr im Wege stehe. Wir erklärten der Preßkommission, daß in dem Bericht nichts stände, das die Deffentlichkeit nicht vertragen; mehr als schon geschehen, werde der Verband durch die Befragtung die dieses Berichtes nicht in Mißkredit gebracht und in seiner ruhigen Weiterentwicklung geschädigt werden. Daß dies aber im Ueberflusse geschehe, dafür sorgten die Beauftragten als unbesoldete Vorstandsmitglieder in hinreichendem Maße. Wir bemerkten, daß die Preßkommission es uns freistellte, von dem Bericht nach unserem Ermessen Gebrauch zu machen; sie war der Meinung, daß ein wörtlicher Abdruck überflüssig sei, da nichts in dem Bericht enthalten sei, das nicht schon durch gleiche Berichte bekannt wurde. Wir sind nun der Meinung, daß ein solch weltbewegender Bericht der pflichtbewußten Beauftragten resp. Hauptvorstandsmitglieder der Nachwelt unbedingt erhalten bleiben muß und deshalb bringen wir ihn wörtlich zum Abdruck.

Stuttgart. In Nr. 32 der „Holzarbeiter-Zeitung“ finden wir einen Artikel mit der Ueberschrift: „Zum Protest gegen einige Verbandstagsbeschlüsse“. Was thun nun diese Kollegen, die nicht mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden sind, in Bezug auf Gehaltserhöhung, Tagelöhner und Ferien. Sie machen von dem ihnen nach dem Statut gewährten Rechte, eine Urabstimmung herbeizuführen, Gebrauch, um Beschlüsse, welche nach ihrer Meinung in der Zeit des schlechten Geschäftsganges schädigend wirken, rückgängig zu machen. Diese Kollegen nun aber als Wähler zu bezeichnen, dazu gehört eine große Unberfrorenheit. Galt man die Sache nur kritisch, dann heiße es, es sind nur einige Schreier gewesen, da sie aber von ihrem Rechte Gebrauch machen, so nennt man es Wählerereien. Die

Kollegen müssen das ganze Jahr hindurch mitsprechen, daß die Mittel eingehen, warum will man ihnen nicht gestatten mitzusprechen, wie dieselben verwendet werden sollen. Derartige Anträge sind ebenso vor dem Verbandstage bekannt zu geben, wie alle übrigen; es ist nicht thöricht, daß die Mitglieder nachträglich erfahren, wie das Geld verwendet werden soll. Der Artikelschreiber hat, wie es scheint, lange genug gegen die Arbeitslosenunterstützung gewährt, weshalb er Ruhe wünscht und seine Stellung nunmehr dazu ausnützt, Berichte von der Zahlstelle Hannover, welche im Einverständnis mit der Zahlstelle Stuttgart handelt, die Aufnahme zu verweigern. Wo bleibt die Gleichberechtigung, wenn Berichte, welche schon längst eingekandt sind, nicht veröffentlicht werden, hingegen Berichte gegen den Protest sofortige Aufnahme finden. Sollen diese Berichte durch die Nichtveröffentlichung widerlegt sein? Wir fragen ferner, wo sind die nachweisbaren Einkommen von M. 1800, in der Stuttgarter Versammlung waren es über M. 2000. Rechnet Artikelschreiber vielleicht Werkführer oder Zwischenmeister, welche auf Rechnung ihrer Nebenarbeiter zu höherem Verdienste kommen, zu diesen Kollegen. Bei Streikgeboten lautet der Verdienst anders. Wohl haben sich die Verhältnisse in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit seit 1897 gebessert, jedoch eine Erhöhung der Löhne in dieser Zeit ist nicht eingetreten und kann somit dieses nicht als Begründung für eine Gehaltserhöhung herangezogen werden. Der Hinweis auf andere Organisationen in der Bezahlung ihrer Beamten verpflichtet uns nicht, dasselbe zu thun. Den Kasstengeist zu pflegen, den man heute schon einigen anmerkt mehr zu sein, als ein Arbeiter und sich um deren Verhältnisse nur noch geschäftsmäßig kümmert, darf in unserer Organisation keinen Platz finden. Sind doch die Organisationen dazu da, für die Gesamtheit bessere Verhältnisse herbeizuführen, eine Wehr zu bilden gegen das Unternehmertum. Wer für die Organisation wirkt, muß Realismus besitzen, nicht allein darnach trachten, möglichst viel aus derselben herauszuschlagen. Wer da aber meint, seine Arbeitskraft müsse so teuer wie möglich bezahlt werden, der gehe zum Unternehmer und versuche dort sein Glück. Nicht sonderbar nimmt sich die Nichtigstellung des Kollegen Breour in der betreffenden Nummer aus, da er es als nicht nobel bezeichnet, einen Satz aus dem Protokoll herauszureißen und zu verwerthen, im selben Augenblick aber eine nicht gefagte Aeußerung eines unbefol deten Vorstandsmitgliedes in Stuttgart verwertet, obwohl am betreffenden Abend es einige Kongreßdelegirte gehört haben wollten, und man brauchte ja Entstellungen, um ansetzen zu können. Gefagt wurde „berufsmäßige Agitatoren“ und nicht „besoldete Agitatoren“, was ja auch gleich aufgeklärt wurde. Ja, Kollege Breour, ist das nicht gemacht, wie man es braucht? Eine Schädigung des Verbandes liegt uns mindestens so fern wie dem Artikelschreiber und stellen wir jede Schädigung, welche aus dem Protest entfließt, auf das Konto des parteiischen Verhaltens unserer Presse! (Stempel.)

Die Beauftragten der Zahlstelle.

Die Zahlstelle Schöneberg schließt sich der Protestresolution nicht an, verurtheilt aber, daß die Gehälter in der darniederliegenden Konjunktur erhöht sind. Die Kollegen behalten sich vor, zum nächsten Verbandstage werthtätige Kollegen zu wählen. (Wir bemerken nun doch allen Ernstes, daß solche Lebensarten nicht Fisch, nicht Fleisch sind. Wer hat denn die 64 werthtätigen Delegirten des letzten Verbandstages daran gehindert, gegen die Anträge der Revisionskommission zu stimmen? Doch kein Mensch. Warum haben sie nicht gegen die 21 Beamten-Delegirten gestimmt? Nun, weil sie überzeugt waren in ihrer Mehrheit, daß die Anträge durchaus gerecht waren und der Verband die geringen Mehraufwendungen ohne Schaden für seine Existenz tragen könnte. D. Red.)

Dem Protest Hannover schließen sich nicht an: Singen a. S., Offenbach a. M., Bayreuth, Blankenese, Würzburg, Augsburg.

\*) Das ist natürlich für die „Beauftragten“, die sich nachgerade ob ihres merkwürdigen Verhaltens zu schämen beginnen, sehr leicht, den durch die Protestbewegung dem Verbanne entstandenen Schaden unserer „parteiischen Presse“ an die Hochschöbe zu hängen. Haben wir etwa die Protestbewegung hervorgerufen? Wir stellen hiermit fest, daß wir den Protestlern nach unserer Auffassung leider viel zu viel Raum für ihre verbandsschädigende Propaganda zur Verfügung gestellt haben. Aber gerade um uns des Vorwurfs der Zurücksetzung der Protestler nicht zeihen zu lassen, haben wir deren Einwendungen ausführlicher gebracht als die der Protestgegner. Wer sich davon überzeugen will, der mag hier bei uns die Manuskripte, die noch sammtlich hier sind, durchsehen. Bemerken wollen wir, daß ein Eingekandt von der Protestkommission Hannover noch unveröffentlicht ist, weil bis heute immer noch die Verfassung des damaligen Bevollmächtigten, daß obige Kommission mit der Verfolgung dieser Sache von der Versammlung beauftragt ist, fehlt. Unter diesem geperret gedruckten Satz stand zwar „D. Bevollm.“, aber der Name fehlt, weil, wie wir später erfahren, die Verwaltung den Protestumfang nicht mitmachen wollte und deshalb natürlich auch die Unverschrift nicht gegeben hat. Die neun Stempel, die anstatt der fehlenden Unterschrift unter das Schriftstück gesetzt waren, sind in diesem Falle genau so bedeutungslos wie ein Liniertier. Die Red.

Handlchen.

Und zur Fleischnoth die Kartoffelmisere. Wie aus allen Theilen Deutschlands berichtet wird, ist infolge des ankaltenden Regens eine allgemeine Kartoffelfäule eingetreten und steht auch eine bedauernde Ueberernte dieses, welche der sich steigenden Unterernährung der Arbeiterklasse vorzügliches Nahrungsmittel zu erwarten. Dieser Ernährungsbedarf hat aber noch mehrere unangenehme Folgen, als sie in der Vertheuerung des Nahrungsmittels an sich schon für die Arbeiterklasse gegeben sind. Denn der Anstieg der Kartoffelpreise ist auch von besonderer Wichtigkeit für die Arbeiterklasse. In ländlichen Gegenden befürchtet man daher eine harte Erntezeit der Getreideernte und als Folge davon eine weitere Vertheuerung der Getreide, falls nicht jetzt bald die Erntereste geerntet werden. Namentlich sind diejenigen ländlichen Gemeinden, die für den Winter ein Getreide mit Kartoffeln betriebsmäßig pflegen, um ihren Lebensbedarf zu decken. Jedes Jahr bei einer schlechten Kartoffelernte ist das nicht in der Lage, dies zu thun, da sie die höheren Preise für anderes Futter nicht anlegen

können. Gerade in den ländlichen Distrikten, wo Industriebevölkerung anständig ist, herrscht daher gegenwärtig wegen der geringen Haltung der Regierung starke Erbitterung. Brottheuerung, Fleischnoth, Kartoffeltheuerung, und als Krönung dieser ganzen wirtschaftlichen Misere, erhebliche Erhöhungen der Getreide-, Fleisch- und sonstigen Lebensmittelpreise. Das kann ja nett werden.

**Beseitigung der Heimarbeit für bayerische Armeelieferungen.** Infolge der Mißsprache einer Deputation der organisierten Sattler mit dem bayerischen Kriegsminister und einer Interpellation in der Abgeordnetenkammer durch den Abgeordneten Schmitt (Soziald.) hat der Minister in der Frage der Regelung der Militärarbeit folgende bestimmte Zusicherungen gemacht:

1. Arbeiter, die bereits fünf Jahre in den Militärwerkstätten beschäftigt sind, nicht mehr zu entlassen.
  2. Dürfen die Unternehmer, welche Militärarbeit übernehmen, diese nicht an Zwischenmeister und die Hausindustrie weitergeben.
  3. Einer eventuellen Arbeitergenossenschaft wird das weitgehendste Entgegenkommen zugesagt.
- Es sind dies Zusagen, die sicher als die weitgehendsten angesehen werden können, die bis jetzt in den deutschen Bundesstaaten von einem Minister gemacht wurden. Sie bedeuten für die Militärarbeiten Bayerns die Beseitigung der Heimarbeit.
- In Preußen verhält sich das Kriegsministerium nach wie vor strikte ablehnend gegen die Forderungen der Arbeiter.

**Eine „Deutsche Arbeitgeberzeitung“** als Publikationsorgan der deutschen Arbeitgeberverbände soll vom 1. Oktober an in Berlin erscheinen. In der Ankündigung heißt es: „Hinter der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ stehen die hervorragendsten Arbeitgeberverbände. Sie wird die Waffe des organisierten Arbeitgebers in gleicher Weise werden, wie es die sozialdemokratische Presse für die organisierten Arbeitnehmer ist.“

Für die Aufgaben, welche sich die neue Verhgründung gestellt hat, ist folgender Passus aus ihrem Programm kennzeichnend:

„Allen Arbeitgebern, den größeren wie den kleineren, den Industriellen wie den Handwertern und Kaufleuten, ist das Bestreben nach einer Abwehr der Gefahr gemeinsam, welche durch den sozialpolitischen Ueberreifer wohlmeinender, aber einseitiger und kurzfristiger Reformatorien im Verein mit der unablässigen Wühlarbeit der sozialdemokratischen Agitation den Fortbestand der Industrie und des Gewerbes zum unerblicklichen Schaden nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer selbst bedroht.“

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ will also den Kampf nach zwei Fronten führen, sowohl gegen die milden Befürworter unzulänglicher Sozialreformen, als auch gegen die gemeinschaftlich organisierten Arbeiter. Das Letztere wird jedenfalls die Hauptaufgabe des neuen Organs sein. Darauf läßt schon der Name des Chefredakteurs schließen. Es ist dies Herr **Rehder**, der bisherige „Chef“-Redakteur der „Fachzeitung“ der Berliner Holzindustriellen, ein in seinen journalistischen Leistungen kaum an das Mittelmäß heranzureichendes Scharfmachergenie. Vermuthlich stehen hinter dem „Chef“ des neuen Kampforgans auch die bekannten Führer der Berliner Holzindustriellen, die Herren **Wry**, **Nachardt** und **Konjonten**, denen der Schleiffstein, die Stummische „Post“, und die **Kruppschen** „Neuesten Nachrichten“ anscheinend nicht mehr scharfmacherisch genügen sind. Wenn sie bei ihrer neuen Gründung nur nicht den Dalles kriegen.

**Eine durchgreifende Aenderung des Submissionswesens** beabsichtigt die Stadt Dresden nach den Vorschlägen der Dresdener Gewerbetreuer einzuführen. Die wichtigsten Neuerungen sind folgende: Die Vergabung von Arbeiten und Lieferungen an Generalunternehmer ist ausgeschlossen. Bei einem Auslande ist die Lieferzeit entsprechend zu verlängern und die erzielte Lohnerhöhung verhältnißmäßig im Preisanschlag in Anrechnung zu bringen. In der Regel sind bei der engeren Wahl nicht zu berücksichtigen Personen und Firmen, die für sich in Strafankalten arbeiten lassen oder vorwiegend Ausländer beschäftigen oder sich bereits in Konkurs befunden und dadurch Andere in ihrem Vermögen geschädigt haben. Der Zuschlag ist nicht mehr dem Mindestfordernden, sondern dem Mittelpreis zu ertheilen. Dieser ist aus der Summe aller in die engere Wahl gekommenen Angebote zu ermitteln, jedoch sind vorher die Angebote auszuscheiden, die den Voranschlag um 10 pzt. übersteigen oder um 20 pzt. darunter zurückbleiben. Spätestens drei Monate nach Fertigstellung der Arbeit hat die Schlußabrechnung zu erfolgen. Die Dresdener Stadtverordneten haben den betreffenden Entwurf bereits angenommen. Ähnliche Leisfälle haben die Stadtverordneten in Warmen angenommen.

Mit Ausnahme der Bestimmung, daß bei der engeren Wahl der Submittenten nicht berücksichtigt werden sollen solche, die vorwiegend ausländische Arbeiter beschäftigen, ist nichts von Arbeitern, deren Arbeitsbedingungen, Bezahlung nach organisationsüblichen Löhnen usw. darin enthalten. Die Arbeiter scheiden aus, genug, daß sie arbeiten dürfen; worfür, ist Nebensache.

Stuttgart, 6. September 1902.  
Der Verbandsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**  
Diejenigen Verbandsmitglieder, welche diesen Herbst zum Militär einrücken müssen, wollen ihre Mitgliedsbücher rechtzeitig in Ordnung bringen, d. h. ihre Beiträge bis zum Abgange voll bezahlen und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenkassirer eintragen und abempeln lassen. Einzelmitglieder haben zu diesem Zwecke ihr Verbandsbuch an die Hauptkasse einzuliefern. Das Verbandsbuch ist von den Mitgliedern bis nach Beendigung der Dienstzeit aufzubewahren und muß bei der Wiedereinlieferung zum Verbanne vorgezeigt werden. Die

Beiträge werden alsdann in dem alten Buch weiter quittirt. Nach der Entlassung vom Militär müssen sich die Kollegen sofort in der nächstgelegenen Zahlstelle melden und ihre Wiedereinlieferung in das Mitgliedsbuch eintragen lassen. Sie erhalten dann ohne Weiteres eine Reiselegitimation und können Reiseunterstützung erheben.

Im Dezember d. J. sollen in allen Zahlstellen die Fragebogen für die allgemeine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Holzarbeiter Deutschlands ausgegeben werden. Indem wir schon heute hierauf aufmerksam machen, richten wir an alle Kollegen das Ersuchen, sich auf die Beantwortung der Fragen rechtzeitig vorzubereiten, namentlich ihre wöchentliche Lohneinnahme regelmäßig zu notiren, um am Jahresschluß ihren durchschnittlichen Wochenverdienst auf dem Fragebogen angeben zu können. Ebenso empfehlen wir genaue Aufzeichnungen über Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Ausgaben für Werkzeug usw., nach welchen, wie früher, so auch in diesem Jahre, auf dem Fragebogen gefragt werden wird.

An die Lokalverwaltungen richten wir die Aufforderung, bei Gelegenheit schon jetzt das Interesse aller Kollegen, Mitglieder wie Nichtmitglieder, an diesen Erhebungen wachzurufen, um eine möglichst zahlreiche Theilnahme an der Statistik im Voraus zu sichern. Um das Interesse nicht abzuschwächen, bitten wir, auch etwaige lokale Erhebungen nunmehr bis zu dieser allgemeinen Statistik zurückzustellen.

Der Almanach für das Jahr 1903 befindet sich bereits im Druck und wird in wenigen Wochen zum Versand kommen. Sein Inhalt ist auch diesmal wieder fast vollständig erneuert, auch die sonstige Ausstattung verbessert, während jedoch der alte Preis von 50 J bestehen bleibt. Wir empfehlen den Mitgliedern, ihre Bestellungen rechtzeitig bei den Lokalverwaltungen aufzugeben.

In letzter Zeit haben wir wieder sehr häufig konstatiren müssen, daß Reiselegitimationen für Mitglieder ausgestellt worden sind, welche noch garnicht unterstüßungsberechtigt waren. Wir richten deshalb an alle Zahlstellenkassirer die dringende Mahnung, genauer darauf achten zu wollen, daß nur solche Mitglieder eine Reiselegitimation erhalten dürfen, welche ein volles Jahr dem Verbanne angehören und auch mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben.

An die reisenden Mitglieder müssen wir das Ersuchen richten, bei Ankunft in einer Zahlstelle nicht in die Wohnung des Bevollmächtigten, sondern zur Herberge zu gehen und aus dem daselbst aushängenden Verbandsplakat die Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung sowie dessen Sprechzeit zu entnehmen. Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirth als beim Arbeitgeber geschädigt würden, mehrten sich derart, daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

- Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:
- 30279 Wilh. Burbaum, Tischler, geb. 9. 10. 78 zu Nahlstedt.
  - 41741 Karl Lampe, Stuhlfabrikarbeiter, geb. 28. 8. 78 zu Bremen.
  - 56620 Karl Albrecht, Tischler, geb. 29. 7. 82 zu Stettin.
  - 61285 Franz Gausinger, Schreiner, geb. 3. 12. 78 zu Schärding.
  - 73087 Max Seifert, Tischler, geb. 8. 9. 78 zu Altdorf.
  - 79456 Dietrich Bartels, Tischler, geb. 10. 11. 78 Häffel.
  - 103519 Fritz Braß, Tischler, geb. 9. 4. 75 zu Raborst.
  - 103988 Bruno Steiger, Tischler, geb. 29. 3. 79 zu Alt-Barthau.
  - 113482 Jakob Niehl, Tischler, geb. 4. 4. 78 zu Hüngrichtshofen.
  - 115195 Gottlob Niedergall, Schreiner, geb. 15. 5. 83 zu Sternensfel.
  - 121684 Heinrich Kusfeld, Tischler, geb. 14. 5. 75 zu Friedrichshaf.
  - 121920 Heinrich Behrens, Stellmacher, geb. 19. 7. 82 zu Gubenersleben.
  - 127358 Stanislaus Ghyghynski, Tischler, geb. 13. 11. 81 zu Posen.

Stuttgart, 6. September 1902.  
Der Verbandsvorstand.

**Sterbefafel.**  
**Reinhard Müller**, geb. 20. 4. 82 zu Neuhausen, gest. 27. 8. 02 zu Chemnitz. (Werm. Olbernhau.)  
**Minna Gebrhardt**, geb. 28. 5. 85, gest. 25. 7. 02 zu Frankenhau.  
**Theodor Fischer**, Knopfmacher, geb. 1. 6. 56, gest. 3. 9. 02 zu Frankenhau.  
**Richard Paul**, Tischler, geb. 30. 9. 64, gest. 5. 9. 02 zu Großenhain.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**  
**18. Gau. Vorort Bielefeld.**  
**Halbjahresbericht des Gauvorstandes.**  
Mit trübem Aussehen traten wir in das neue Jahr ein. Hatte doch der Abschluß des Jahres 1901 mit einem Mitgliederverluste von 15 pzt. geendigt. Erfreulicher Weise begann aber die Thätigkeit in einer Anzahl Zahlstellen eine regere zu werden. Während wir im letzten Halbjahr 1901 nur neun Versammlungen abhalten konnten, stieg diesmal

die Zahl der Versammlungen auf 23. Außerdem hielt Kollege Schmidt-Vremen noch je eine Bauarbeiterversammlung in Csanabrid und Bramsche ab, welche ebenfalls seitens unserer Kollegen im Baufach beachtet waren. Die geplante Agitationstour seitens des Hauptvorstandes sahen wir uns im Gauvorstand leider genötigt, einstimmig abzulehnen, trotz des Protestes des Kollegen Leipart. Die leidige Lokalfrage als auch die Ungunst der Jahreszeit zu Versammlungen veranlaßten uns, unseren Standpunkt dem Hauptvorstand gegenüber aufrecht zu erhalten, ebenso wie wir zur nächsten Konferenz den Zahlstellen darüber Rede und Antwort setzen werden. Dringend eruchen müssen wir aber jetzt schon die Lokalverwaltungen, bei geeigneter Zeit durch rege Versammlungstätigkeit diesen Unfall an Agitationsversammlungen doppelt wieder wett zu machen. Bei reger Agitation und Berücksichtigung der so verschiedenartigen Verhältnisse der einzelnen Zahlstellen hoffen wir, einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen, als jetzt meist die Berichte der schematischen Touren aufweisen. Mehr denn je ist es aber auch die Pflicht der Kollegen, durch rege Mitarbeit die Tätigkeit der Lokalverwaltungen zu erleichtern und nicht Alles den Schultern Einzelner aufzubürden. Für Euch, Kollegen, gilt nicht das Bibelwort: „Viele sind berufen, aber Wenige sind auserwählt“, nein, ein jeder Einzelne soll nicht nur ein zahlendes, sondern auch einwerbendes und mitthätiges Verbandsmitglied sein. Möchten dies besonders die Kollegen von Bramsche, Winde, Gamm, Lippstadt, Minden und Paderborn berücksichtigen, welche einen Rückgang aufzuweisen haben; denn daß auch trotz der Krise ein Fortschreiten möglich ist, beweist das erste Quartal, wo sich die Mitgliederzahl von 630 auf 722 erhöhte, um im zweiten Quartal auf 761 zu steigen. 235 Kollegen wurden aufgenommen, 220 sind zugereist, 249 reisten ab und 89 mußten gestrichen werden. Die Zahl von 235 zu verdoppeln und von 89 zu vermindern, das sollte jeden Kollegen zu erneuter Tätigkeit anspornen.

Einem Vorgehen der Kollegen in dieser Zeit des wirtschaftlichen Niederganges gegenüber sahen wir uns leider genötigt, die Hand stark an die Bremse zu legen. So war es in Herford die maßgebende Firma Kopta, welche durch Einführung neuer Spezialmaschinen unerhörte Lohnabzüge veranlaßte. Hier bedarf es eben erst einer Zahlstelle, die ihre Mitglieder nach Hunderten zählt. Was früher möglich war, muß heute erst recht gesehen werden, aber nur die Mitarbeit aller Kollegen kann hier zum Ziele führen.

Ein geplantes Vorgehen in Gamm mußte unterbleiben, da am selben Abend, wo wir uns schlüssig werden wollten, acht Mann wegen Arbeitsmangels entlassen wurden.

Ein eigenartiges Schauspiel bot nunmehr Münster, wo wir mit den Christlichen zusammenkamen. Durch Verhängen der Sperre im Vorjahre über die Firma Wwe. Keller hatten wir den Beweis geliefert, daß auch wir noch einen Druck auf den Unternehmer auszuüben im Stande sind. Dies war ja ein Fingerzeig für die Christlichen, in dieser städtischen nummehrigen Unversitätsstadt ihr Schäpflein zu scheeren. Es handelte sich allerdings nur um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Zur 50stündigen Arbeitszeit konnte man sich nicht aufraffen. 80 Kollegen hatten bereits den Rehnstundenvertrag und für zirka 150 Kollegen wurde er errungen, aber Forderungen wurden in der betreffenden öffentlichen Versammlung überhaupt nicht gestellt. Ihr jetziger Verbandsvorsitzender, Kurt Scheid-Köln, hatte nur den bescheidenen Wunsch — wörtlich —, daß die Meister die zehnstündige Arbeitszeit einführen möchten. Ebenso hatte er den bescheidenen Wunsch — in unseren Augen allerdings gemeinen Wunsch —, daß die Arbeitsordnungen dahin abgeändert werden möchten, daß es in dem betreffenden Passus nicht mehr heißen sollte: „werden bestraft“, sondern: „können bestraft werden“. Ein zahlenmäßiges Material über die ganze Angelegenheit konnten wir bis heute im christlichen „Holzarbeiter“ noch nicht finden als höchstens ein polterndes Darüberherfallen über unseren Gauvorstand, weil dieser sich mit Eifer von einem derartigen Gebaren einer Arbeiterorganisation abwandte.

In Blomberg war im vorigen Jahre den Kollegen in den Stuhlfabriken ein Abzug von 10 pzt. gemacht worden mit der Motivierung, bei besserer Geschäftszustand diesen Abzug wieder zuzulegen. Seitens der Unorganisierten wurde plötzlich nun eine Arbeitsniederlegung provoziert; die Unternehmer bewilligten 5 pzt., und so mußte Mangel jeden Ausbaues der Organisation die Arbeit wieder aufgenommen werden. Hier wäre es leicht, einmal einen energischen Vorstoß zu machen, wenn die dortigen Kollegen sich endlich einmal aufraffen würden zum Eintritt in die Organisation, wo so viele schon früher thätige Mitglieder im Verband waren. Ob die dortigen Kollegen noch späterhin einmal ein Mitglied im Gauvorstand haben werden, das ein genauer persönlicher Kenner der dortigen Verhältnisse ist und ihnen mit Rath und That zur Seite stehen kann, ist fraglich. Das sollte gerade die Kollegen noch bei Zeiten zur Einsicht bringen.

Ebenso wurde in Lage planlos, ohne den Gauvorstand vorher zu benachrichtigen, die Kündigung eingereicht. Die Kollegen reisten alsdann ab und für den Verband war nichts erzielt. Nachher kommt man mit Medensarten, daß der Verband für die kleinen Zahlstellen zu wenig leiste. Ein planmäßiges Vorgehen würde so oft von Erfolg begleitet sein. Aber mit dem lokalen Blick läßt sich Derartiges nicht durchführen, dazu gehört eine weitergehende Uebersicht, und dazu sind die Gauvorstände da, und nicht bloß dem Namen nach.

Durch planmäßiges Vorgehen ist die Zahlstelle Detmold in guter Entwicklung begriffen. Die Durchführung ihres Tarifes lassen sich die Kollegen sehr angelegen sein, und der Besuch bei Versammlungen mit Referenten sollte jeder Zahlstelle als Muster dienen.

Der Eingang der Fragebogen in diesem Halbjahr war sehr unregelmäßig, und hat es den Anschein, als glaubte manche Zahlstelle, es sei eine überflüssige und unnötige Arbeit. Dies muß anders werden, wenn die Geschäfte im Gauvorstand keine Störung erfahren sollen. Es muß für weiteren Ausbau des Vertrauensmannsystems in den Zahlstellen gesorgt werden. Jede Lokalverwaltung sollte sich ein Kontrollbuch anlegen, worin sämtliche Werkstattarbeiten eingetragen sind. Dieses, nach Bezirken für die Vertrauensleute geordnet, würde so manche Arbeit den Lokalverwaltungen erleichtern. Eine geregelte Tätigkeit und Agitation läßt sich doch auch nur dann erzielen, wenn man einen genauen Ueberblick über das ganze Arbeitsfeld besitzt. Ebenso soll die erste Frage der Kassierer bei Aufnahmen und Anmeldungen

nicht die sein, wo die Kollegen wohnen, sondern wo sie arbeiten. Gerade dem Neuling in der Zahlstelle muß man zur Hand gehen; ein Blick in's Kontrollbuch, und man weiß, an welchen Kollegen man ihn zur weiteren Anleitung verweisen soll. Größerer Werth sollte auch vielfach auf die Ergänzungen der Bibliotheken gelegt werden. Hier ist die Bibliothek von Schilbesche mit ihren fachtechnischen werthvollen Büchern mustergültig.

Der schriftliche Verkehr mit den Zahlstellen hat sich bedeutend gehoben. Es gingen ein: 109 Briefe und Karten, 3 Telegramme und 2 Pakete. Ausgänge: 191 Briefe und Karten und 8 Pakete.

Freiwillige Beiträge sandten ein: Bielefeld M. 24,90, Münster 5,20, Osnabrück 11,75, Schilbesche 10.

Die Abrechnung stellt sich demnach:

Einnahme.	
Kassenbestand vom vorigen Halbjahr.....	M. 40,88
Beiträge aus der Hauptkasse.....	„ 200,—
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen.....	„ 51,85
Summa.....	M. 292,73
Ausgabe.	
Diaten und Fahrgehalte an Referenten.....	M. 115,50
für sonstige Reisen.....	„ 41,20
Büro und Schreibmaterial.....	„ 23,03
Persönliche Verwaltungskosten.....	„ 39,80
Sonstige Ausgaben.....	„ 53,21
Summa.....	M. 272,54

Bilanz.	
Einnahme.....	M. 292,73
Ausgabe.....	„ 272,54
Kassenbestand für nächstes Halbjahr.....	M. 20,19

Bielefeld, den 6. Juli 1902.

Die Revisoren der Zahlstelle:  
G. Riebig, A. Dannenhauz, R. Steinke.  
Der Gauvorstand:  
J. A. Hermann Feller, Wittkestr. 81.

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

**Bonn.** Die Differenzen der Wärfenfabrik Felbmann & Janzen hier mit ihren Bohrern sind insofern als beiseite zu betrachten, als die Unberatheten es vorgezogen, unter diesen Verhältnissen nicht weiter zu arbeiten, sondern abzuweisen, während ein Verheiratheter, mehr der Noth als dem eigenen Triebe gehorchend, seine Kündigung zurücknahm. Eine Verbesserung in den Lohnverhältnissen ist nicht eingetreten. Auf das Arbeitsangebot der Firma sind inzwischen wieder drei Bohrer hereingefallen, darunter leider ein Verheiratheter. Während dieser durch die Verhältnisse gezwungen ist, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, haben die beiden Anderen nach einigen Stunden schon das Weite gesucht. Der neu Hereingefallene hatte in den ersten drei Wochen einen Durchschnittsverdienst von ungefähr M. 15 wöchentlich. Wir rathen jedem Kollegen dringend, nicht in so leichtfertiger Weise eine Arbeitsstelle auf Verschreibung anzunehmen, ohne sich vorher bei der Ortsverwaltung erkundigt oder sich einen bestimmten Wochenlohn gesichert zu haben. Es ist einem verheiratheten Arbeiter nicht möglich, eine solche Schluppe, welche er durch seinen Leichtsin und durch die Profitgier und Gewissenlosigkeit mancher Arbeitgeber erlitten hat, wieder wett zu machen. Einmal hereingefallen, bleiben sie dann ein willenloses Werkzeug des Unternehmers.

**Brieg i. Schlef.** In auswärtigen Zeitungen werden von zwei hiesigen Firmen mit Kraftbetrieb oft Tischler und Drechsler bei hohem Lohn und für dauernde Arbeit gesucht. Kommen nun auf diese Inserate hin Kollegen hierher, sind sie meistens in ihren Erwartungen enttäuscht. Die „Werkstatt“ der Firma Drenschke & Herbst kann einen Anspruch auf diese Bezeichnung kaum machen; sie ist ein ehemaliger Zimmerschuppen, in welchen Wind und Wetter zu allen Fugen und Ritzen lustig ein- und ausgeht. Was die Maschinen anbetrifft, so sind dieselben in einem Zustande, daß man sich fürchten muß, an dieselben heranzugehen. Von Schutzvorrichtungen ist keine Spur, daher kommen Unglücksfälle öfter vor. Der Lohn beträgt bei elfstündiger Arbeitszeit M. 13 bis M. 16 und darunter. Der zweite dieser wenig empfehlenswerthen Betriebe ist die Holzbearbeitungsfabrik von R. Kömelt. Dieselbe gleicht der ersten auf's Haar; die Maschinen sind gleichfalls nicht in Ordnung. Was die „dauernde“ Arbeit anbetrifft, so dauert dieselbe bei Drenschke & Herbst so lange, bis die paar Thürten und Fenster fertig sind, nachher können die Kollegen wieder abgehen, vorausgesetzt, daß sie nicht schon vorher gegangen sind. Bei Kömelt ist es nicht besser, eher noch schlechter. Leider herrschen in den meisten übrigen Werkstätten auch nicht die rosigsten Verhältnisse. Bei einer elfstündigen Arbeitszeit haben wir einen Durchschnittsverdienst von M. 15 bis M. 16. Es giebt aber auch Kollegen, die mit M. 12 und weniger nach Hause gehen. Leider ist an eine Besserung in absehbarer Zeit nicht zu denken, da gerade die in Betracht kommenden und auch die meisten älteren Kollegen nicht zu bewegen sind, in unsere Organisation einzutreten. Die reisenden Kollegen eruchen wir, das Umschauen zu unterlassen.

**Köln.** Am 2. September sprach in einer öffentlichen Schreinerversammlung Kollege Claß über: „Die Lohnbewegung im Baugewerbe und die Stellungnahme der Schreiner dazu“. Der Redner schilderte die Lohnbewegungen der Zimmerleute, Stuckateure, Maurer usw. der letzten Jahre. Während die Zimmerleute es dank ihrer starken Organisation verstanden, einigermaßen bessere Verhältnisse zu erringen, hätten die Schreiner es nicht fertig gebracht, in der Zeit der guten Geschäftskonjunktur ihre Lage zu verbessern. Im Gegentheil händten sich die Schreinergehilfen heute täglich durchschnittlich um 50 % schlechter als früher. Auch die älteren Kollegen, die geglaubt hätten, in fester Position zu stehen und nicht nöthig zu haben, sich der Organisation anzuschließen, hätten namentlich in letzter Zeit vielfach erfahren müssen, daß sie bei Arbeitsmangel ebenso auf das Straßenpflaster geworfen werden, wie jeder andere Kollege.

Die Maurer, die sich in jüngster Zeit in Massen der Organisation angeschlossen, hätten es dadurch ermöglicht, Verbesserungen stellen zu können, und könnten auch bereits auf materielle Erfolge zurückblicken. Hieraus müßten schon die Schreiner ersehen, daß die Möglichkeit vorliege, bessere Verhältnisse zu erringen. Wenn sie erst den Nutzen der Organisation erkannt hätten und fest zusammengeschlossen seien, dann sei eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen leicht zu erreichen. In der sehr regen Diskussion betonten die einzelnen Redner die schlechten Verhältnisse im hiesigen Schreinergerwerbe und die Nothwendigkeit, Aufbesserungen zu erstreben, was aber nur durch ein festes Zusammengehen in geschlossener Organisation durchzuführen sei. Die meisten Redner sprachen sich dahin aus, die Forderungen im nächsten Frühjahr zu stellen, dann seien auch die Unternehmer im Stande, sich darnach zu richten. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heute im Saale „Zum goldenen Löwen“ tagende stark besuchte öffentliche Schreinerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie spricht den im Lohnkampf stehenden Maurern ihre vollste Sympathie aus. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, daß die bestehenden Verhältnisse in den Kölner Werkstätten nicht denen einer Großstadt würdig sind; keinestwegs hätten aber die Löhne mit den gesteigerten Lebensverhältnissen gleichen Schritt gehalten. In Erwägung, daß eine Aufbesserung nur zu erzielen ist, wenn sämtliche Kölner Schreiner der Organisation angeschlossen sind, und daß es sehr gut möglich ist, für Köln bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, erklären die Anwesenden, tren und fest zur Organisation zu stehen und im geeigneten Augenblick mit Forderungen an die Kölner Unternehmer heranzutreten. Das Bureau wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen und demnächst wieder eine Versammlung einzuberufen, um Bericht über die bisherige Tätigkeit zu erstatten.“

**Marburg.** Die Wohnungs- und Lebensmittelpreise sind hier in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. Auf Drängen unsererseits haben die Schreinermeister die Löhne etwas erhöht. Infolge der Lauthheit der hiesigen Kollegen sind aber die Löhne bei verschiedenen Meistern gesunken, besonders bei der Firma Kahlender, die gerade jetzt tüchtige Kaufschreiner sucht. In der letzten Versammlung wurde diese Werkstatt für Verbandsmitglieder gesperrt. Gründe hierzu waren folgende: Einem Verbandsmitglied, welches angefangen hatte, wurde Donnerstag, nachdem es gerade eine Woche gearbeitet hatte, von dem Sohne des Herrn Kahlender die Mittheilung gemacht, daß er ihn im Namen seines Vaters entlasse und ihm M. 15 Lohn zustände. Einem anderen Kollegen gab er nach dreitägiger Arbeitszeit Samstag M. 6. Auf die Frage des Kollegen, was er damit machen soll, gab Herr Kahlender ihm noch M. 2. Der Kollege hörte selbstverständlich auf. Ebenfalls läßt die Behandlung viel zu wünschen übrig. Pflicht der Marburger Kollegen ist es nun, darauf zu achten, daß die Sperre so lange aufrecht erhalten wird, bis bessere Zustände dort herrschen. Die reisenden Kollegen bitten wir, diese Werkstatt zu meiden. Zum Schluß möchten wir die Kollegen eruchen, die Versammlungen besser zu besuchen, die persönlichen Streitigkeiten zu unterlassen und im Gegentheil sich gegenseitig zu belehren und aufzuklären. Wird dieses befolgt, dann wird man auch uns in absehbarer Zeit einen Lohn zahlen, mit dem man ein einigermaßen menschenwürdiges Leben führen kann.

**Mühlberg a. Inn.** Die Gründung unserer Zahlstelle läßt die Firma Kempf & Geiger nicht zur Ruhe kommen, wohl in dem berechtigten Glauben, es könnte den in ihrem Betriebe herrschenden Mißständen und Antreiberien energig auf den Leib gerückt werden. Sämtliche Bevollmächtigten wurden bisher gemahregelt und zwar am Samstag, den 30. August, bereits der vierte innerhalb drei Monate, desgleichen wird jeder organisierte Kollege, der es wagt, in einer Versammlung auf Mißstände hinzuweisen, unnachsichtlich unter Berufung auf § 123 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung, Verleumdung, sofort entlassen. Da ein Gewerbegericht am Orte nicht besteht, Klagen am Amtsgericht jedoch sehr langwierig sind, so ist es ziemlich schwer gemacht, der Firma die Gesetzesumgehung einmal ordentlich klar zu machen. Verläßt dagegen einmal ein Kollege den Betrieb wegen Differenzen ohne Kündigung, so ist die Kaution, in Höhe eines Wochenlohnes, verloren. Da die Firma in aus- und inländischen Blättern ständig Schreiner „nur tüchtige“, bei hohem Lohn sucht, so wollen wir die Kollegen einmal aufmerksam machen, wie es in diesem Eldorado aussieht. Es werden nur billige, weiße, fichtene Möbel gemacht. Im Höchstfalle erhält ein Schreiner mit 3,50 Tagelohn am Anfang; es sind auch Maschinen da, mit M. 1,40 pro Tag. Nach ein paar Wochen wird dann im Accord gearbeitet, doch fragt nur nicht wie; verdient dann ein solcher „fleißiger“ Accordarbeiter etwas mehr als den Tagelohn, flugs wird wieder abgezogen. Für Küchenfästen, untere Theile, mit Thürten, Schubfästen zc. wurden früher M. 5 jetzt M. 3 pro Stück bezahlt, bessere Sorten früher M. 7 jetzt M. 6. Ob bei diesen Preisen ein Schreiner M. 6 pro Tag verdienen kann, wie die Firma schreibt, überlassen wir den Kollegen selbst. Alle 14 Tage ist Zahltag. Trotzdem nun die Firma mit verschiedenen Vertretern des Gauvorstandes ein Contogeld in Höhe von 80 pzt. vereinbart hat, giebt es bloß an Nichtzahltagen M. 10 Lohn. Wohin ein Kollege, bei Lebensmittelpreisen, wie solche im bayerischen Gebirge gefordert werden, kommt, und wie er dabei leben muß, wird Jedem sofort klar sein, der die bayerischen Verhältnisse kennen gelernt hat. Doch wir wollen nur ein paar Paragraphen der Arbeitsordnung anführen, und dürfte dies die Kollegen davon überzeugen, wie nothwendig hier das Einschreiten der Organisation ist. § 4. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer elf Stunden 20 Minuten täglich, im Winter zehn Stunden 20 Minuten. § 2. Jeder Arbeiter hat sich jeden Morgen 5 Minuten vor Beginn der Arbeitszeit anzumelden, meldet sich Jemand erst nach Beginn der Arbeitszeit, so wird ihm das dreifache der versäumten Zeit in Abzug gebracht. Unterläßt eine W e l d u n g a n z l i c h, s o h a t e r k e i n e A n s p r u c h a u f A r b e i t s l o h n ! § 19. Bei der Lohnzahlung werden einbezogen: 1. Krankentagebeiträge, 2. Invaliditäts- und Altersversicherungsbeträge, 3. Vorzüge, 4. Kaution, 5. Erlöse, 6. Abzüge für Verschuldungen usw. § 23. Für richtige Einhaltung der Kündigungsfrist, sowie für anderweitige durch sein Verschulden erwachsene Nachteile leistet jeder Arbeiter eine Kaution in Höhe seines Wochenlohnes,

diese Kaution wird in der Weise erhoben, daß an jedem Zahltag 10 pZt. des Lohnes so lange zurückbehalten werden, bis die ganze Höhe des Wochenlohnes erreicht ist. Wer ohne Kündigung von der Arbeit wegleibt, verliert seine Kaution. Die Ordnungsstrafen bestehen nach § 24 aus Geldstrafen, welche in der Regel die Hälfte des durchschätzlichen Tagelohnes nicht übersteigen sollen. — Ferner hat sich jeder Arbeiter auf Grund des Fabrikantenstatuts einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen; wird er nun für krank befunden, so wird derselbe nicht eingestellt und die Kollegen, welche dann nach Mühlhofs gereift sind, haben den Schaden selbst zu tragen. Nachdem die Firma das Bestreben kund gegeben, jeden Bevollmächtigten zu entlassen, desgleichen im Herbst noch mit der Organisation aufzuräumen, die Zahlstelle zählt circa 80 Mitglieder, so hat die letztere mit dem Gauvorstand beschlossen, über diesen Betrieb die Sperre zu verhängen und den Zugang nach Mühlhof a. Inn fernzuhalten. Die Firma hat schon wiederholt Versuche gemacht, größere Parteien Schreiner von den Arbeitsstätten in Agram, Lemberg, Prag usw. zu beziehen, doch die Verhältnisse haben diese Leute ebenfalls gezwungen, sich dem Verbands anzuschließen, und so wurde auch der Plan der Zerstörung der Zahlstelle bisher zu nichts gemacht. Wähten nur alle Kollegen so handeln, wie kürzlich ein Kollege W. B. aus Leipzig-Bindenau, welchen die Firma unter allen möglichen Versprechungen nach hierher locken wollte, der nämlich der Firma als Antwort den Artikel vom 22. Juni aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit folgenden Zeilen sandte: „Da in Ihren Betrieben derartige Zustände vorhanden sind, muß ich auf die mir von Ihnen angebotene Stelle verzichten, denn daß an ein menschenwürdiges Dasein nicht zu denken ist, unterliegt wohl keinem Zweifel. Wenn Sie Ihre Leute bezahlen, wie es sich sieht und gehört, haben Sie es in Zukunft nicht mehr nötig, in auswärtigen Blättern Leute zu suchen, die sich ihre Gesundheit im Dienste des Kapitals ruinieren.“ Der Kollege braucht es auf keinen Fall bedauern, daß er das Angebot abgelehnt hat, wenn er die Mißstände hört, und hofft, daß alle Kollegen so handeln, dann werden wir in die Lage kommen, die Firma zu zwingen, unsere Organisation anzuerkennen. Die Firma hat in letzter Zeit in Neuforg im Fichtelgebirge eine Filialfabrik eingerichtet. Neuforg ist ein Ort mit circa acht Häusern, mitten in menschenleerer Gegend und im Walde. Laßt Euch daher nicht durch Inserate verleiten und wendet Euch vorher an den Gauvorsteher des 22. Gaues um Auskunft.

**Osternode a. S.** Damit die Organisation hier am Orte nicht einschläft, hat sich Meister Rohrmann bemüht gesehen, uns neuen Wind in die Segel zu blasen, indem es ihm über seinem Sohn einfiel, die Arbeitszeit für auswärtige Beschäftigte um zwei Stunden zu verlängern. Diese Rechnung war natürlich gemacht, ohne zu bedenken, daß die Organisationen hier, der Zimmerer- und Holzarbeiterverband, auch ein Wortchen mitzusprechen haben. Herr Rohrmann erklärte den neun Zimmerern, welche unter dem Klausthal beim Nähten eines zum Bergwerk gehörenden Neubaus beschäftigt waren: „Wenn das nicht paßt, die zwei Stunden länger zu arbeiten, kann sofort aufhören, worauf die neun Zimmerer ihr Werkzeug zusammengepackt und die Arbeit verlassen haben. In einer am 26. August stattgefundenen Besprechung der Beteiligten wurde beschlossen, nunmehr bei Rohrmann zu beantragen, statt bisher einen Weg, beide Wege mit als Arbeitszeit zu verrechnen, sowie einen Stundenlohn von 40  $\frac{1}{2}$  für Arbeiten, welche außerhalb des Bezirks Osternode-Freiheit-Verbach liegen, zu verlangen. Ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben wurde Meister Rohrmann im Laufe der Woche zugestellt mit dem Ersuchen, uns bis Sonnabend, den 29. August, Antwort zu geben. Diese Antwort wurde uns von dem Polier des Rohrmann in der am 29. August, Abends, erfolgten Besprechung überreicht und nahm derselbe auch an den Verhandlungen, zu denen sämtliche bei Rohrmann arbeitenden Gesellen erschienen waren, Theil. In diesem Schreiben erklärte Meister Rohrmann in beredten Worten, daß er sich schon wieder mit seinen Leuten geeinigt und ein Mehr an Logisvergütung nicht leisten könne (bisher 60  $\frac{1}{2}$ ), da die Preise bei der Submission auf Grund der alt bestehenden Arbeitsordnung gestellt seien, die Aufrechterhaltung gestellter Forderungen aber dahin führen würde, daß Rohrmann die Arbeit aufgeben müßte; auch würde er ferner nicht mehr konkurrenzfähig sein. Dadurch würde dann der größte Theil der Gesellen entlassen werden müssen. Bei der Debatte stellte sich heraus, daß Punkt 1: Berechnung der Wege als Arbeitszeit, schon in der Arbeitsordnung des Meisters Rohrmann enthalten sei, also diese Frage als erledigt zu betrachten ist. Bei Punkt 2: Logisvergütung pro Tag M. 1, bisher 60  $\frac{1}{2}$ , wurden in Anbetracht der brieflichen Erklärung des Meisters Rohrmann sowie der näheren Erläuterungen des Poliers R. Matzen 10  $\frac{1}{2}$  der gestellten Forderung als Logisvergütung abgelaßen, so daß für die bereits begonnenen Arbeiten 90  $\frac{1}{2}$  zu entzählen sind. Hierüber wurde durch Stimmentzettel abgestimmt und einstimmig angenommen, obgleich einige Bedenken von einigen angälischen Gemüthern geäußert wurden. Sodann wurden zwei Mitglieder des Zimmererverbandes und in Vorstandsmitglied des Holzarbeiterverbandes delegiert, um persönlich mit Meister Rohrmann in Güte zu verhandeln. Offenbar ist das Resultat für beide Theile befriedigend und wird ein Streit vermieden. Bei Berechnung der Arbeitsstunden einfließende Begezeit stellte sich heraus, daß die bis jetzt in Klausthal und Umgegend arbeitenden Gesellen zu den sonstigen Unannehmlichkeiten, welche ein Auswärtsarbeiten im Gefolge hat, 61 Stunden arbeiten müssen, wogegen die hier in Osternode Beschäftigten nur 59 Stunden Arbeitszeit haben.

**Legernitz.** Am Sonntag, den 31. August, hielt in unserer Mitgliederversammlung Kollege A. Naich aus Rünchen einen Vortrag über das Thema: „Gesellenverbände einst und jetzt“. Die Versammlung, zu der wir mittelst Handzettel auch die indifferenten Kollegen und namentlich die Sägenreißer eingeladen hatten, war trotz des prächtigen Wetters sehr gut besucht, namentlich des Sägers aus der Umgegend von Ranzsch, Gaus und Egern, während ein Theil Legernitzer Schreiner es vorgezogen, das Bergwerk zu besuchen. Redner schilderte uns in übersichtlicher Weise die Entstehung im Mittelalter, die Anfänge der Gesellenzünfte, ihre späteren Kämpfe, Erfolge und Verfolgungen in weltlicher Weise, dann anschließend die moderne Produktionsform, die Lage der Holzarbeiter und ihre Bestrebungen, sich zu organisieren. Die überaus unwürdige Lage der Säge-

arbeiter unterzog der Kollege einer wahrheitsgetreuen Kritik, die schlechten Löhne, die lange Arbeitszeit und die Stellung dieser Arbeiter in den großen Sägewerken gegenüber früheren Jahren, deren Gleichgültigkeit über alle Vorgänge im wirtschaftlichen Leben erzeugte die besondere Aufmerksamkeit der Anwesenden, was auch der große Beifall und die Zustimmung am Schlusse der Ausführungen bezeugten. Die Kollegen versprachen auch, das Gehörte hinauszutragen in die Reihen der Kollegen, dasselbe zu besprechen und das mitgebrachte Agitationsmaterial zu verbreiten, damit in einer späteren Versammlung die Zahl der organisierten Kollegen eine größere werden soll. Zu hoffen ist, daß die Kollegen das Versprochene auch halten und unermüßlich für unsere junge Zahlstelle agitieren und derselben neue Kämpfer zuführen.

**Eingelandt.**

**Die Stuttgarter Holzarbeiter können auch höhere Gehälter bewilligen, wenn es sich nicht um — ihre eigenen Beamten handelt.**

In der Stuttgarter Mitgliederversammlung vom 6. September erstattete Kollege Köppe Bericht über die Thätigkeit der Protestkommission. Daß von ihm und anderen Rednern der Debatteur Köstke scharf angegriffen wurde, weil er die Berichte genannter Kommission nicht in der von ihr gewollten Weise veröffentlichte, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. Nach diesem Bericht bleibt nun für die Protestkommission nichts mehr zu thun übrig, weil sich nicht  $\frac{1}{4}$  der Zahlstellen für eine Urabstimmung erklärte. Ein Beweis, daß viele Kollegen nur aus persönlicher Abneigung gegen die Erhöhung der Gehälter der Verbandsbeamten sind und sich nur aus diesem Grunde der Protestbewegung anschließen, wurde ebenfalls in obiger Versammlung erbracht. Kollege Mauser erstattete Bericht von der Gewerkschaftskommission. Er hob hervor, daß der Gewerkschaftsvorstand dem Gewerkschaftssekretär Näther sein Gehalt von M. 1800 auf M. 2000 zu erhöhen beantragte. Sämtliche Delegirte der Holzarbeiter haben für die Erhöhung gestimmt, nur erklärten sie sich gegen die weitere stufenmäßige Erhöhung von jährlich M. 100 bis zum Höchstbetrag von M. 2600. Die Kollegen Köppe, Seufert, Müller und Uz, Mitglieder beider Kommissionen, mußten zugeben, für die Gehaltserhöhung gestimmt zu haben. (Köppe erklärte schon in einer früheren Versammlung, daß er ein Einkommen von M. 2000 für jeden Arbeiter als notwendig erachte.) Kein einziger Redner tadelte das Verhalten obiger Kollegen in der erwähnten Frage. Man sieht hieraus: „Was man den eigenen Arbeitern verweigert, hat man dem Genossen Näther ohne Weiteres bewilligt.“ Ist dies Verhalten ein objektives? Im Uebrigen muß hervorgehoben werden, daß ein recht ansehnlicher Theil der Stuttgarter Kollegen von der Protestbewegung nichts wissen will.

**Einige Worte zum Herbergswesen.**

Nicht überall ist es den organisierten Arbeitern möglich, sich ein eigenes Heim zu errichten, wo den Reisenden eine billige und angenehme Stätte geboten wird. Wo die Organisationen auf Wirthe, welche Fremdenverkehr haben, angewiesen sind, wird das Herbergswesen zum Schmerzenskind der Zahlstellenverwaltung; von diesen verlangen die Kollegen, daß möglichst günstige Bedingungen für die Reisenden mit den Wirthen vereinbart werden, ohne dabei zu bedenken, daß diese ihre Räumlichkeiten nicht aus Liebe für uns zur Verfügung stellen, sondern sie wollen verdienen, und oft recht viel und schnell. Daraus ergibt sich, daß, sollen die Wirthe mit den Preisen für Nachlogis, Speisen u. für reisende Mitglieder unter den ortsüblichen Stand heruntergehen, sie diesen Ausfall durch den Verkehr der am Orte beschäftigten Kollegen bei ihnen wieder wett machen wollen, andererseits sich ein Herbergswirth mit kleinen Preisen überhaupt nicht finden läßt. Dieses trifft besonders in den industriellen und verkehrsreichen Gegenden zu. Wie erfüllt nun ein großer Theil unserer Kollegen in dieser Beziehung seine Pflicht. Treten sie in einer Zahlstelle in Arbeit, dann sind die Unannehmlichkeiten der Reise bald vergessen; den Ursachen derselben wird, falls überhaupt schon einmal darüber nachgedacht wurde, gewiß keine Beachtung mehr geschenkt. Da werden die Versammlungen schlecht besucht, an Zusammenkünften zu geselligen Streden in Werkzeugs- und Herbergslökalen wird überhaupt nicht theilgenommen. Statt dessen besucht man Lokale und unterstützt Festlichkeiten, deren Inhaber und Veranstalter die wüthendsten Gegner der Arbeiterbewegung sind. Sehen unter solchen Verhältnissen unsere Wirthe, die oft noch polizeiliche „Liebenswürdigkeiten“ unserer wegen ertragen müssen, ein, daß unsere Versprechungen bezüglich des Verkehrs bei ihnen sich nicht erfüllen, halten sie die getroffenen Vereinbarungen nicht, jehen eventuell der ganzen Gewerkschaft den Stuhl vor die Thüre, dann klagen jene Kollegen, welche in ihrer Gedankenlosigkeit diese Zustände mitverschuldet haben, wenn sie wiederum auf die Reise gehen, über schlechte Herbergs- und Lokalverhältnisse in den Zahlstellen.

Wären diese Zeilen, mit denen diese Mißere noch lange nicht erschöpft ist, die Kollegen zum Nachdenken und zur Pflichterfüllung anregen, dann werden auch die Zahlstellenverwaltungen dafür sorgen können, daß uns bessere Lokalitäten und angenehmere Herbergsverhältnisse zur Verfügung stehen. **R. Kunst, Dortmund.**

\*) Die betreffenden Redner werden an anderer Stelle in dieser Nummer jehen, warum der Bericht nicht veröffentlicht wurde. Da zieht man über den Redakteur Köstke her und denkt gar nicht daran, daß dieser gar keine Ursache hat, den Stuttgarter Protestkommissionsräthen eine Extrawort zu braten, oder meinen die Herren, daß das, was man zu befolgen für die „Schwäb. Tagewacht“ für selbstverständlich hält, bei der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht nötig sei, weil der Redakteur Köstke ja von ihrem Gelde bezahlt wird und deshalb auch nach ihrer Pfeife zu tanzen hat! Da kommen sie bei mir allerdings an die verkehrte Adresse. **A. Köstke.**

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

Die Differenzen bei der Firma Dailigisch in Witterfeld sind beigelegt. Die bisherigen Affordpreise sind um M. 2 pro Stück erhöht, die Abschlagszahlung soll nicht unter M. 18

pro Woche betragen, der Stundenlohn ist nicht unter 30  $\frac{1}{2}$  zu berechnen. Auf die Aufhebung des Logis bei der Firma haben die Kollegen vorläufig verzichtet, da die Schlafzimmer gut wohnlich eingerichtet worden sind.

**Der Tischlerstreik in Stolp i. P.** dauert ununterbrochen fort. Zu den neuen Bedingungen arbeiten circa 50 Kollegen in sechs Betrieben. Die maßgebenden Großbetriebe verhalten sich ablehnend. Seitens einer Firma wurde ein Ausschlag von 7 pZt. zugestanden, aber die Kollegen lehnten dieses ab und verlangten mindestens 10 pZt., wobei auch von Seiten des Generalraths des Ortsvereins mitgetheilt wurde, nicht darunter zu gehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist fallen gelassen worden; bei den Unternehmern stieß dieses auf den heftigsten Widerstand, weil die Tischler schon angeblich die kürzeste Arbeitszeit haben und die Streitenden selbst theilweise kein Gewicht darauf legen. Zu unterstützen sind jetzt 77 Verbands- und 94 Ortsvereinsmitglieder. In die Unorganisierten, für welche Sammlungen stattfinden, sind bis jetzt circa M. 100 Unterstützung ausgezahlt.

**Aus den Berufen der Holzbranche.**

**Der Verband der Möbelpolirer** versendet an die Kartellvorstehenden ein Flugblatt, in welchem zum Beitritt der unorganisierten Möbelpolirer aufgefordert wird. Es heißt in demselben, daß der Verband weit davon entfernt sei, die dem Holzarbeiterverband angehörenden Mitglieder dem Möbelpolirerverband zuzuführen, vielmehr handle es sich darum, die Unorganisierten zu gewinnen. Daß eine besondere Organisation der Möbelpolirer so dringend notwendig war, vermögen wir nicht einzusehen, wir glauben auch nicht, daß der Erfolg ein besonders großer sein wird. Doch lassen wir die Leute gewähren, wünschen aber nicht, daß infolge der Agitation in den Werkstätten Zwistigkeiten hervorgerufen werden. Bemerkten wollen wir, daß die Generalkommission den Anschluß der Möbelpolirer abgelehnt hat, da sich nach ihrer Ueberzeugung eine besondere Organisation der Möbelpolirer erübrigte, weil deren Interessen ebenso gut und besser im Holzarbeiterverband vertreten werden könnten.

**Stuhlfabrik von Sommer & Co. in Düsseldorf.**

In Nr. 32 haben wir einer Schilderung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse obiger Firma Raum gegeben, die, wie uns die Firma schreibt, nicht der Wahrheit entsprechend ist. Einem Angebot der Firma, einen Vertrauensmann zu ihr zu jenden, der sich von der Unwahrheit der behaupteten Thatsachen überzeuge, haben wir entsprochen. Dieser schreibt uns nun, daß der angegebene Lohnsatz von M. 17, „wie er nicht selten vorkommen sollte“, nicht richtig ist. Nur in einem Falle sei es vorgekommen, daß der Lohn von M. 17 auf M. 12 am Lohnstage reduziert sei, dem Arbeiter sei aber gleich gesagt worden, daß er am Montag mehr bekommen könne. Der Geschäftsinhaber habe nämlich vermutet, daß der betreffende Arbeiter seine Arbeit liegen lassen werde. Allerdings seien in den Lohnbüchern noch einige Wochenlöhne von M. 17 verzeichnet gewesen. Im Ganzen seien die Löhne höher; 3 Mann hätten M. 25 bis M. 30, 12—15 Mann M. 19 bis M. 22 pro Woche verdient. Was die in der Zeitung gerügte ungebührliche Behandlung durch den Werkführer betreffe, so wurde die dort zitierte Aeußerung nicht bestritten, sie sei dem Werkführer aber in der Aufregung entschlüpft, was, wie Herr Soestheim, der Firmeninhaber, erklärte, auch wohl einmal bei anderen Leuten vorkommen könne; im Uebrigen würden die Leute vom Meister Regel anständig behandelt. „Es treffe auch nicht zu“, so habe Herr S. gesagt, „daß die Affordpreise nach Gutdünken festgesetzt würden. Bei Festsetzung neuer Affordarbeiten sei es nicht möglich, die Preise mit den Arbeitern gemeinsam festzusetzen; glaubten diese, daß der Preis zu niedrig sei, bräuchten sie dieselbe für den Preis nicht anzunehmen, und dann würde selbstverständlich veraffordirt und der Preis festgesetzt.“

Die Arbeiter sind von unserem Beauftragten gleichfalls zusammengerufen, ehe die Besprechung mit den Firmeninhabern stattfand. Diese hätten gesagt, daß die Behauptungen richtig seien, der unschuldige Ausdruck sei vom Meister Regel gefallen, doch behauptete Niemand, daß solche und ähnliche Ausdrücke schon öfter vorgekommen seien. Die jüngeren Kollegen seien mit dem Verhalten Regel's unzufrieden. Im Allgemeinen habe er aus der Unterredung mit den Kollegen die Ueberzeugung gewonnen, daß der Satz in dem Artikel, welcher von „traurigen Zuständen“ bei der Firma spricht, übertrieben sei und dem Schreiber in der Aufregung entschlüpft sein könne.

**Herr C. Sönksen in Schleswig** unterhält neben seiner Möbelfabrik auch eine Tischler-Schule, als deren Direktor er sich bezeichnet. Von der Direktion der Tischlerschule in Detmold wird uns nun mitgetheilt, daß Herr S. den billigen Arbeitskräften einen größeren Werth beimessen werde im Interesse seiner Möbelfabrikation als der technischen Ausbildung der Fachschüler. Es sei daher nicht rathsam, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ für Herrn S. durch Aufnahme von Inseraten Propaganda mache. Wir haben daraufhin in Schleswig Erkundigungen eingejogen und erfahren, daß die beiden Schüler, welche Sönksen angeblich aus Detmold mitgebracht hat, sehr lange arbeiten, fast immer bis 8 Uhr Abends, oft auch noch länger. Ob sie neben Kost und Logis bei Sönksen auch noch Entschädigung oder Lohn bekommen, konnte nicht ermittelt werden. Momentan werden bei S. auch noch einige Gesellen beschäftigt, später will S. aber nur mit Schülern arbeiten. Nach dem Prospekt zu urtheilen, sind die Schüler nicht auf Kosten gebettet. Es heißt in demselben, „daß in Abtheilung B dem wöchentlichen 52stündigen praktischen ein 21stündiger theoretischer Unterricht sich anschließt“. Das ist eine Arbeitszeit von 73 Stunden pro Woche. Denjenigen, welche den praktischen Unterricht (soll heißen: die jeden Tag 10 Stunden an der Bank u. arbeiten) mitmachen, heißt es, ist Gelegenheit gegeben, die Auslagen für Unterhalt und Zeichenmaterialien zu verdienen. Wir müssen es unseren lernbegierigen Kollegen überlassen, ob sie unter diesen Umständen in der Fachschule des Herrn Sönksen einen Kurkurs durchmachen wollen.

**Ein Opfer des Tischlerstreiks in Zeulenroda** ist die Möbelfirma Eichler & Widumilt geworden. Die Firma ist seit dem 25. August in Konkurs gerathen. So berichtet in trodenen Worten der „Deutsche Tischlermeister“.

Es werden bald noch mehrere folgen; sintermalen die größten Firmen ein Interesse daran haben, einige Konkurrenten los zu werden. Mögen diese also nur noch ruhig weiter der Firma H. Paul zu Liebe sich hartnäckig zeigen, um so besser paßt sie dann der Pleitegeier.

**Wendet sich der Geschäftsgang in der Holzindustrie zum Besseren?** In der „Breslauer Volkszeitung“ finden wir folgende, sicherlich Handelskammerberichten entnommene Schilderung der gegenwärtigen Geschäftslage. Es heißt da: „Seit Ende Mai läßt sich, wie gemeldet wird, im Geschäftsgang der verschiedenen Zweige des Holzgewerbes eine leichte Besserung beobachten, die vom Rohholzmarkt ausgehend alle Stadien der Bearbeitung nacheinander ergriffen hat. Von allen Holzmärkten wird eine zunehmende Steigerung des Begehres gemeldet, die es sogar ermöglichte, daß die Holzpreise scharf anziehen konnten.“

Die Lagerbestände der Sägemühlen sind geräumt, nachdem sie in Erwartung eines durchweg ungünstigen Geschäftsjahres äußerst billig verkauft worden sind. Die Sägemühlen, die nun mit großem Begehre an den Markt treten, sind augenblicklich befriedigend beschäftigt, allerdings bei noch immer recht niedrigen Preisen des Schnittmaterials. Besonders günstig hat auf den Geschäftsgang im Holzgewerbe die Belebung der Bauhätigkeit eingewirkt. Die Bauhätigkeit bekamen nach langer Zeit des Darniederliegens wieder zu thun und konnten neue Arbeitskräfte einstellen oder den verkürzten Betrieb wieder ausdehnen. In Magdeburg z. B., wo im April dieses Jahres die Hälfte aller Arbeiter in den Bauhätigkeiten stark verkürzt arbeitete, findet nunmehr wieder volle Beschäftigung statt; ja, ein kleiner Teil macht sogar Ueberstunden. Es finden zur Zeit Neueinstellungen statt, und die Lage des Arbeitsmarktes ist so günstig, daß Arbeiter, die aus irgend welchem Grunde zur Entlassung kommen, in den nächsten acht Tagen bestimmt wieder Arbeit haben. Selbst der Bezug von außerhalb findet Stellung; namentlich werden die Berliner mit Vorliebe eingestellt, weil es tüchtige Arbeiter sind. Wie die Besserung im Baugewerbe sowohl dem Grade als dem Umfange nach an den verschiedenen Plätzen verschieden ist, so ganz analog auch die Belebung in der Bauhätigkeit. Jedenfalls aber ist hier der Geschäftsgang besser als in der Möbelindustrie. Der Bedarf nach Möbeln in ordinarer wie feiner Waare ist noch immer schwach, was sich am besten in den Zentren der Möbelindustrie spiegelt. Die für Massenherstellung von Möbeln in Betracht kommenden Betriebe haben von ihren besten Kunden, den Möbelhandlungen, Bazaren, Abschlagszahlungs-geschäften, noch immer nicht genügend Aufträge, um voll arbeiten lassen zu können. Jedenfalls aber bleiben für sie die Preise gedrückt. Betriebe, die bessere Möbel herstellen, glauben mit Beginn des Herbstes auf eine Besserung rechnen zu können. Meist ist augenblicklich der Geschäftsgang noch schwach. So sind in Stuttgart lange nicht alle Möbeltischler beschäftigt. In einzelnen Fabriken wird nur 5 bis 5 1/2 Tage in der Woche gearbeitet. Andererseits zeigen sich in Mainz schon jetzt Anzeichen einer Belebung. In der Musikinstrumentenbranche ist noch kein Umkehrung zum Besseren zu beobachten, vielmehr ist die Arbeitszeit überwiegend noch stark verkürzt; große Pianofortefabriken lassen nur fünf Tage wöchentlich arbeiten. Die Geschäftslage in der Drechserei hat sich gleichfalls noch nicht gehoben. Die Mode, die in der Möbelbranche herrscht, hat den Drechslern einen großen Teil ihrer früheren Aufträge entzogen. Läßt so der Beschäftigungsgrad im Holzgewerbe auch noch viel zu wünschen übrig, so ist die Besserung doch unverkennbar. Indirekt geht sie auch daraus hervor, daß bei den Maschinenfabriken in letzter Zeit mehr Aufträge auf Holzbearbeitungsmaschinen eingegangen sind, was besonders für die Maschinenfabrikation Leipzigs festzustellen ist.“

**Schmutzkonkurrenz durch die Ratwitscher Strafanstalt.** Bei dem Gymnasialneubau zu Ratwitsch war ein Wettbewerb für die Lieferung der Tischlerarbeiten ausgeschrieben. Außer vier Breslauer Firmen haben sich auch fünf Ratwitscher Firmen an dieser Submission beteiligt. Aber alle Submittenten wurden unterboten — durch die Ratwitscher Strafanstalt, die mit M. 5422,50 über M. 1000 niedriger als die nächstbillige Offerte ihr Angebot abgab. Wie die „Ratwitscher Zeitung“ mit Recht betont, ist die Entrüstung über die Konkurrenz des billigen Staatsbetriebes gegenüber den Gewerbetreibenden allgemein, nicht nur in den Kreisen der Letzteren. Angeichts des offenbaren Niederganges der Stadt und der darunter leidenden Einwohner, angeichts der allermächtig vorhandenen Arbeitslosigkeit, die die Parlamente und die Kommunen beschäftigt, die zu heben und zu mildern alle diese eifrig bemüht sind, kommt der krasse Fall zum Ausdruck, daß die billige Zuchtanstalt in Wettbewerb mit den gewerbetreibenden Einwohnern tritt bei Errichtung einer königlichen Anstalt, der die Stadt eine jährliche Beihilfe von M. 10 000 giebt, der sie seinerzeit das der Stadt gehörige Gebäude und alle Lehr- und Unterrichtsmittel kostenlos übereignet hat, der die Stadt bei Erwerbung des neuen Bauplatzes M. 15 000 Zuschuß überwiesen hat. Die Gewerbetreibenden werden, wie es in einer Versammlung des Bürgervereins bereits zum Ausdruck gekommen ist, nichts unversucht lassen, um die schwere Schädigung von sich abwendig zu machen, und es wird auch Sache der städtischen Körperschaften sein, einen entschiedenen Protest dagegen einzulegen.

**Die schweizerische Holzindustrie** liegt nach einem Bericht des eidgenössischen Fabrikinspektors sehr darnieder. Es heißt in dem Bericht darüber: „Am schwersten von der herrschenden Krise betroffen ist die Holzindustrie mit 14 500 Arbeitern, in welcher trotz einer Gesamtzunahme der Arbeiterzahl um 27,8 pzt. die Arbeiter-Durchschnittsziffer der Etablissements geringer ist als im Jahre 1895, was auf einen stark reduzierten Betrieb hinweist; überdies sind 3 pzt. der Etablissements ganz außer Betrieb gestellt. Der Etablissements-Durchschnittsziffer vom Jahre 1895 in der Höhe von 21,6 steht jetzt die Ziffer 17,5 gegenüber. Am stärksten betroffen sind jene Zweige dieser Industrie, die mit dem Baugewerbe im Zusammenhang stehen.“

**Eine Generalversammlung des dänischen Drechsler-Verbandes** fand im vorigen Monat in Odense statt. Die

Generalversammlung wählte einen Ausschuß, der eventuell mit dem Zentralverein der Meister über Einführung eines Minimallohnes und Ordnung der Lehrlingsverhältnisse verhandeln soll. Ein Antrag auf Austritt aus dem Gesamtverband der Gewerkschaften wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

**Gewerkschaftliches.**

**Zu einem Eisenbahnerstreik** kam es Anfang des Monats in Rotibus, wo sämtliche Eisenbahn-Mangirer die Arbeit einstellten, weil ihnen der bisherige Anfangslohn von M. 1,90 pro Tag nicht genügte, und die früher achtsündige Arbeitszeit in eine zwölfstündige erhöht worden war. Sie forderten M. 2,50 Anfangslohn. Die Bewegung, die zu einer zeitweiligen Unterbrechung des Güterverkehrs auf dem Bahnhof des genannten Ortes führte, endete bereits nach zwei Tagen, und zwar infolgedessen mit einem Erfolge der Streikenden, als ihnen eine Untersuchung der Lohnfrage in Aussicht gestellt wurde.

**Gewerkschaftsverbandstage.** Die Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter, die kürzlich in Offenbach stattfand, erklärte sich im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, beschloß jedoch, im November dieses Jahres eine Urabstimmung darüber stattfinden zu lassen. Gleichzeitig wurde durch Beschlüsse festgesetzt, daß, falls sich bei der Urabstimmung für die Arbeitslosenunterstützung eine Majorität ergeben sollte, diese Unterstützung vom 1. Oktober 1904 ab zur Auszahlung und die um 10 und 5 % erhöhten Beiträge vom 1. April 1903 ab zur Einziehung gelangen sollen, so daß eine Karenzzeit von 1 1/2 Jahren besteht. Bei der Delegiertenwahl zur Generalversammlung soll fortan auf 500 Mitglieder je ein, auf 500 weitere Mitglieder je ein Delegierter mehr kommen. Das Anfangsgehalt der Verbandsbeamten wurde auf M. 1800 festgesetzt und steigt bei jährlicher Zulage von M. 100 bis zu M. 2400. Die provisorisch angestellten Gewerkschaften erhalten ein Anfangsgehalt von M. 1600, jährlich steigend um M. 75 bis zu M. 2000. Die Beamten erhalten 14 Tage Ferien, die Gewerkschaften 8 Tage jährlich. Für Agitationen wurden M. 3 für den Tag ausgesetzt, für auswärtige, einschließlich Uebernachten, M. 7 und Fahrt dritter Klasse. Nichtangestellte Referenten erhalten täglich M. 9 Diäten und Fahrt dritter Klasse. Alle Angestellten haben dem Verein „Arbeiterpresse“ beizutreten; die Steuern dafür trägt der Verband allein. Im Todesfall erhalten die Hinterbliebenen des Angestellten das Gehalt des Verstorbenen noch für die nächsten drei Monate. Die Erhöhung der Gehaltsätze tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Es wurde hierbei bemerkt, daß für die „Verbands-Polis“ entschieden etwas gethan werden müsse, und an das norddeutsche Sprichwort erinnert: Das Schlimmste ist, Hausnecht der Hausnechte zu sein.

Auf dem 7. Verbandstag der deutschen Schneider und Schneiderinnen, der in den Tagen vom 25. bis 30. August in München stattfand, wurde eine Revision des Streikreglements vorgenommen. Streiks sollen nach Möglichkeit vermieden und auf Erzielung von Tarifgemeinschaften und Einheitstarifen hingewirkt werden. Es wurde Verlegung des Sitzes des Vorstandes und der „Fachzeitung“ nach Berlin beschlossen. Der Beitrag für die männlichen Mitglieder wurde von 20 auf 25 % erhöht, während der für die weiblichen Mitglieder bei 10 % verbleibt. Die Gehälter der Verbandsbeamten wurden auf M. 2100, jährlich um M. 100 steigend bis auf M. 2500, festgesetzt; von da ab beträgt die jährliche Steigerung M. 50 bis zu M. 3000. Da die Anstellung von besoldeten Lokalbeamten in den verschiedenen Großstädten sich bewährt hat, so sollen solche, wo angängig, auch in anderen Städten eingeführt werden: Gehalt nicht unter M. 30. Zum ersten Verbandsvorsitzenden wurde der bisherige Verbandsredakteur, Heinrich Stühmer, an seiner Stelle zum Redakteur G. Sabath gewählt.

Auf dem Verbandstag des Zentralvereins der Bureauangestellten, der am 31. August und 1. September in Berlin tagte, wurde Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Der Monatsbeitrag wurde für Mitglieder bis zum 20. Lebensjahr auf 80 %, für über 20 Jahre alte Mitglieder auf M. 1,20 festgelegt. Arbeitslosenunterstützung wird jenen Mitgliedern bis zum Höchstbetrage von M. 40, diesen bis zu M. 60 gewährt. Die Hälfte der Beiträge soll ausschließlich für Arbeitslosenunterstützung dienen. Beim Uebertritt aus anderen Berufsorganisationen soll die sonst ein Jahr betragende Karenzzeit auf die Hälfte ermäßigt werden und das Eintrittsgeld von 50 % wegsfallen, wenn der Neueintretende in seiner früheren Organisation vollberechtigtes Mitglied war. Ferner ist in dem neuen Statut die Eintheilung Deutschlands in 28 Gaue zum Zweck besserer Agitation und Organisation vorgeesehen.

**Der „Niederrheinische Weberverband“,** eine Sonderorganisation der Fehlerischen Richtung, hat auf seiner am 31. August in Aachen abgehaltenen Generalversammlung mit 29 gegen 25 Stimmen den Beschluß auf Verschmelzung mit dem deutschen Textilarbeiterverband gefaßt. Die genannte Organisation, die in früheren Jahren am Niederrhein großen Anhang hatte, war auf circa 2000 Mitglieder zurückgegangen. Doch macht sich in den Mitgliederkreisen eine starke Opposition gegen den Vereinigungsbeschluß bemerkbar.

**Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein** hat auf seiner in Hannover abgehaltenen Generalversammlung, auf der sowohl Vertreter der Generalkommission als auch der christlichen und kirchlich-Dunder'schen Gewerkschaften zugegen waren, den Anschluß in eine der drei Organisationsrichtungen abgelehnt. Der Verband, die größte Gärtnerorganisation Deutschlands, zählt 3800 Mitglieder; der Kassenbestand der Hauptkasse betrug M. 1084,46. Die „Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung“ soll vom 1. Januar 1903 ab wöchentlich erscheinen. Eine Arbeitslosenunterstützungskasse wird eingerichtet, doch besteht keine Beitrittspflicht; der monatliche Beitrag für diese Kasse, die getrennt von der Verbandskasse verwaltet wird, beträgt 40 %. Als besoldeter Geschäftsführer wurde Behrens und als besoldeter Redakteur Albrecht wiedergewählt.

**Literarisches.**

**„Bauarbeiterschule im Königreich Sachsen“** betitelt sich eine kleine Broschüre, die von der Landeskommission herausgegeben wurde. Sie enthält die veränderten und verbesserten Unfallverhütungsvorschriften der sächsischen Bau-berufsgenossenschaft. Außerdem enthält die Broschüre noch eine Anzahl „Hinke“, wie: Lohnlage-Formulare, Pfändungsanträge, Steuerreklamationen und Anders. Das 52 Seiten umfassende Heftchen kostet nur 5 Pf. Den Vertrieb übernehmen die Bauarbeiterschulkommissionen und die Vertrauensleute der einzelnen Berufe an den einzelnen Orten.

**Eine Festschrift zum Parteitage in München** ist zur Orientierung der Delegierten daselbst herausgegeben. Der außerordentlich reiche Inhalt des Büchleins zerfällt in sechs größere Theile, wovon der erste folgende Abschnitte enthält: Lage, Gesundheit, Bevölkerung, Geschäftliches, Gewerbe, Verkehr, Wissenschaft, Kunst, baulicher Charakter, Gemeindeverwaltung, Bürgerrecht, Unterricht und Bildung, Heilanstalten, Armenpflege. Darauf folgen die gemeindlichen Betriebe: Wasserversorgung, Schwemmkanalisation, Schlacht- und Viehhof, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Trambahn, Wäder, Holz- und Kohlenhof, Feuerweh, Leihanstalten, Leihenbestattungsweesen, Fürsorge für das Personal. Der sich anschließende Theil „Soziales“ zerfällt in die Abschnitte: Arbeiterschule, Gewerbegericht, Gewerkschaften, Arbeitersekretariat, Krankenversicherung, Sanitätsverband, 3r gedrängter Zusammenstellung wird sodann ein Bild der Münchener Parteitagegeschichte von den Anfängen in den 60er Jahren beginnend bis auf die jüngste Zeit gegeben. Schließlich werden noch in zwei weiteren Theilen die Sehenwürdigkeiten der Stadt, die Ausflüge in deren nähere Umgebung, wie in das Hochland, behandelt. Neun prächtig gelungene Ansichten von München und eine Ansicht von Starnberg dienen dem vorzüglich ausgestattet, in der Parteidruderei von G. Wirt & Co. hergestellten Büchlein zur besonderen Zierde. Zu beziehen ist die Festschrift von der Geschäftsstelle der „Münchener Post“, Kaufingerstraße 14, zum Preise von 60 Pf. inklusive Porto.

**Briefkasten.**

\* Berichte blieben zurück aus Weuthen, Sauchheim, Bayreuth, Großenhain, Düsseldorf, Schönlaute, sowie der Gaubereich aus Chemnitz.

**Coswig, W. S.** Ist jetzt in Charlottenburg Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes.

**Schwerin, A. C.** 1890 fiel der 1. Mai auf den Donnerstag.

**Schöneberg und Würzburg.** Darüber wollen wir doch lieber dem Ausschuß eine vorurtheilslose Prüfung überlassen, unbeeinträchtigt von der Meinung der Mitglieder.

**Sonneberg, S.** Sie erhalten brieflich Nachricht.

**Weimar, S. K.** Sie fragen: „Was halten Sie vom Abperren oder Blindfournieren hauptsächlich Klapp-, Hohl- und Füllungen? Das Blindholz ist amerikanisches Weidenholz. Bis im vorigen Jahre ist in unserer Pianofabrik bei Nürnberg nicht abgeperrt, und es sind auch keine Klagen laut geworden, daß die Politur gerissen ist. Seitdem das Abperren eingeführt wurde, reißt der Maser nach den Jahren das Blindfournier, und wenn noch so gut polirt ist, nach ein paar Tagen zeigt sich dasselbe Bild. Bei den Füllungen ist das nicht so schlimm, aber gegen früher ist die Fläche garnicht zu vergleichen, und trotzdem wird es trumm, so daß noch ein Bangfournier hinten drauf muß. Nach meiner und meiner Kollegen Meinung liegt das am schlechten und zu schwachen Blindfournier. Einige Proben dieses Fourniers liegen bei.“ Hierzu äußert sich ein Kollege aus einer Hamburger Pianofortefabrik wie folgt: „Ich finde es nicht für gut, daß man reelles Blindholz durch den beigefügten dünnen Weichholzfournier abperrt. Die Risse, welche durch das Schalen entstehen, zeigen sich nach dem Fournieren beim Trocknen der Politurfläche. Größere Fabriken, die bessere Fabrikate herstellen, sind längst davon abgekommen. Will man trotzdem das Abperrenverfahren beibehalten und doch den angeführten Uebelstand beseitigen, so verarbeite man dicke Hartholzfourniere wie Eichen-, Ahorn- oder amerikanische Seddingfourniere.“ Zu der zweiten Frage: Was bezweckt die Schlemmtriede unter dem Leim, der zum Fournieren benutzt wird? äußert sich derselbe Fachmann: „Das Verfahren ist zu verwerfen. Durch Einmischen von Krebde wird die Bindkraft des Leims geschwächt. Abgekühlter, zum Fournieren aufgetragener, mit Krebde vermischter Leim wärmt sehr schlecht auf. Daher entstehen bei dieser Anwendung die meisten Masern und Knoten.“

**Hamburg, S. K.** Für vorstehende Auskunft besten Dank.

**Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**

(S. S. 3 in Hamburg.)

In voriger Quittung ist ein unliebsamer Fehler enthalten, den wir hiermit berichtigen. Es muß bei den eingelaudeten Geldern hinter Wschaffenburg heißen je 200.

Vom 23. August bis 6. September gingen folgende Gelder ein: Hannover M. 800, Kiel, Offenbach je 600, Lübeck, Altona je 500, Lindenau 450, Düsseldorf, Berlin C., Flensburg, Hamburg IV, Nürnberg je 400, Plagwitz 350, Schöneberg 340, Weiskensee, Würzburg I je 300, Königsberg 250, Mohrader 230, Güttrich, Friedrichsfelde, Jugenheim, Ralf, Leuch, Untergrüne, Mainz, Schweinau, Wipfen je 200, Lüneburg 180, Schöneberg, Bremerhaven, Wesseling je 150, Ebneth, Bieren, Po. Jappel, Wehlerden, Dietesheim, Gonsenheim, Waltershausen je 100, Neuleukheim 90, Pfaffenwiesbach 80, Köfritz 75, Zimernau, Altona je 60, Kirchditmold, Durlach je 50, Fackenburg 52,02, Dörrberg, Freiburg i. Schl. je 30. Summa M. 10 937,02.

Vom 23. August bis 6. September erhielten Zuschüsse: Wundenheim, Neckarau je M. 300, Rudolstadt 200, Hennef, Vallendar, Driesen, Fußgönheim, Nordhausen, Delmenhorst, Grünwettersbach je 150, Sudenburg, Neuf, Welschnereuth, Grödingen, Vöhlitz-Grenberg, Volkstätt, Rotta, Segeberg, Nachen, Westhofen je 100, Alen, Drais je 80, Friedenau 75, Winterdorf 40. Summa M. 3125.

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse bezahlt M. 1610,29.

L. Jacobs, Hauptkassier.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Mitaua. Mittwoch, den 17. Septbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn B. Christianen, Blumenstraße 41. L. D.: 1. Bericht vom Gewerkschaftsartikel. 2. Zahlen wir die Hälfte der Privatversicherungsbeiträge für unsere angefallenen Arbeiterfreizeite? 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Garmisch. Bevollmächtigter Karl Birk, Partenkirchen, Unterer Faulenweg 247. Versammlung, „Werdenseiler Hof“, Partenkirchen. Dasselbe Neiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr.

Achtung!

Der Bantoffelmacher Wilhelm Tismer wird hiermit aufgefordert, seine Adresse an den Kassierer Adolf Sähnet, Höhestr. 17, zu senden. Kollegen, welche den Aufenthalt des Tismer wissen, werden gebeten, mir Mittheilung zu machen. Adolf Sähnet, Kassierer, Sagan.

Aufforderung.

Alle diejenigen Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, welche noch eine Forderung an das Banner der Emdener Verwaltungsstelle haben, werden aufgefordert, innerhalb vier Wochen den Ausweis (Bon) der betreffenden Forderung der Ortsverwaltung einzubringen, widrigenfalls der nachherige Anspruch unberücksichtigt bleibt. Die Ortsverwaltung Emden.

Aufforderung.

Der Tischler Albert Stolz, geboren am 10. April 1879 zu Ober-Grabis, zuletzt in Pöhlitz bei Döha, wird ersucht, seinen Berechtigungen der höchsten Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen. Die Kollegen, welche darüber wissen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung Döha i. S.

Herrn Kurt Fiedler, Poststr. 72/221, wird ersucht, sich um die Entlassung des Lehrlings Carl Koppitz zu bemühen. Die Ortsverwaltung Emden. Die Ortsverwaltung Emden.

Der Tischler W. Sonnenkall, geb. 15. 5. 78 zu Radeburg, Poststr. 97/99, wird ersucht, sich um die Entlassung des Lehrlings P. Ehrlich, Leipzig, Poststr. 11, zu bemühen. Die Ortsverwaltung Emden. Die Ortsverwaltung Emden.

Bau- und Möbelschler, 22 Jahre alt, sucht Stellung in einer Werkstatt oder in der Nähe derselben, am liebsten auf einer Schiffswerft. Gest. Offerten unter F. D. 141 an die Expedition d. Blattes.

Einen tüchtigen Tischlergehilfen sucht sofort Martin Eckstein, Bau- und Möbelschlererei, Ziegenrück a. d. S.

Einen Glaser (Rahmenmacher) oder Tischler, auf Fenster gut eingearbeitet, sucht Otto Hahn, Bürgel b. Jena.

Gesucht per sofort mehrere tüchtige Korbmacher auf Großgeschlagenes; event. dauernde Stellung bei hohem Akkordlohn. Viberacher Korbwaarenfabrik. Karl Handmann, Viberach-Niß (Würtbg.).

Suche sofort 2-3 Korbmacher auf Mattarbeit bei gutem Lohn. Peter Wiesner, Korbmachermeister, Schwandheim a. M., Querstr. 25.

Tüchtiger Korbmachergehilfe findet dauernde Beschäftigung auf Großgeschlagen. Gustav Rose, Bad Zimenau i. Th.

2 Korbmachergehilfen auf Ballonkörbe verlangt F. Gutzewski, Stettin, Schwarzer Damm 10.

3 solide Korbmacher finden auf Geschlagen dauernde und gute Stellung. Georg Kappel, Waren i. Mecklbg.

Suche einen tüchtigen Bürstenmacher auf dauernde Arbeit. Ernst Tharmann, Halberstadt.

Ein tüchtiger Bürstenmacher, welcher sämtliche Arbeiten, auch Bohren, versteht, findet dauernde Beschäftigung. Wochenlohn M. 7-9 inkl. freier Station. W. P. May, Bürstenfabr., Gettorf b. Kiel.

Wegen Eintritt zum Militär wird Anfang Oktober eine Stelle für einen Bürstenmacher frei. Jüngerer Arbeiter bevorzugt. Gebh. Günthör, Feldkirch (Vorarlberg).

Kortschneider, in Handrundschnitt und Bohren perfekt, findet dauernde und gute Stellung. Verheirathete erhalten Umzugsvorschuß. Trierische Kort-Industrie, Trier.

Umsonst und franco erh. jed. mein Pracht-Katalog m. ca. 3000 Abbildung. v. Messer, Scheren, Sensen, Rasen, Feuertöpfe, Gold- und Silberwaaren etc. (unentbehrlich f. jed. Haushalt). Entschieden unübertroffene Silberstahl-Rasermesser mit Stahl zu 2 Mk., bis Diamantstahl 3 Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Kassa. Fritz Hammesfahr, Pöche-Söllgen, Stahlw.-Fabr. u. Versand.

C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin. Bratsch's Politur „Unerreicht“ Bratsch's Eichen-Wachsbeyzen Bratsch's weltberühmt. Mattlack Bratsch's Schellack-Porenfüller Bratsch's Politur- u. Glanzlacke sind die besten. Präpariert: Leipzig und Gewerbeanstalt, Berlin.

Sehr lehrreich für die Bautischler u. selbst den tüchtigsten Treppenbauern zu empfehlen ist das Werk: Wolf's Praktische Ausführung der Treppen, mit zusammenlegbaren Modellen von Gustav Wolf, denn der Verfasser, der selbst viele und selten vorkommende Treppen gebaut hat, giebt in demselben die Ausführungen der einfachsten und schwierigsten Treppenarbeiten, genau wie dieselben vom Aufnehmen an bis zur Fertigstellung in der Praxis nacheinander ausgeführt werden. Das Buch wird auch wegen der heutzutage üblichen Erklärung und den Modellfiguren, welche sich in ihrer Form ähnlich wie vierfüßige Thiere gestalten, überall sehr anerkannt und zum Preise von M. 6 gegen Nachnahme, direkt bezogen, best. franco geliefert. Bestellungen nimmt Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleusig, Poststr. 12, selbst entgegen.

La Korbmacherwerkzeuge. Versand nach allen Gegenden. Richard Sandfeld, Hamburg-St. P., Poststr. 16/17.

Neelle Zigarren-Offerte.

Offertieren den Genossen folgende Spezialmarken: „Vorstenlanden“ (Döckfac.), 100 St. M. 3. „Alma“ (Döckfac.), 100 St. M. 3.20. „Kata Morgana“ (ff. 5 1/2-Zigarre), 100 St. M. 3.60. „Brasiliana“ (125 mm gr., Corp.-F.), 100 St. M. 3.60. „Brevas-Brasil“ (kräftig), 100 St. M. 4.40. Bei Abnahme von 500 St. franko. Rössler & Hofmann, Zigarrenfabrik, Patenwalde i. S.

Dresdner Volkshaus

Ritzbergstr. 2 - Magstr. 13. Zentralvertrieb der Gewerkschaften. Hotelbetten von 75 1/2 bis M. 1,75, Herdgeschichten von 40 1/2 an mit Bäder-Benutzung. Angenehme Räume mit guter Ventilation. Biere aus nur ersten Brauereien. Großer Saal, kleine Säle und Sitzungszimmer.

Anhaltische Bauerschule, Zerbst. Staatsaufsicht. Lehrpläne kostenfrei. Abgangszeug. v. Verbande Deutsch. Bauwerksmeister. anerkt. Hochbau-, Steinmetz- u. Tiefbautechniker. Direktion: Oporhecke, Prof.

Der Praktische Tischler.

Ein Handbuch der gesamten modernen Bau- und Möbelschlererei von Hermann Walde, Leiter der Tischlerfachschule in Warmbrunn. 600 Seiten Text mit 758 Abbildungen im Text und 80 Tafeln. Besteht aus zwei viel farbigen Modellen: Gasmotor mit Antrieb einer Fräsmaschine... Kleider- und Wäschestrank. Preis eleg. geb. M. 18, in Theilzahl. M. 20 (M. 6 Anzahlung, M. 4 Monatsraten). Einem der besten Hilfsmittel ist Der Praktische Tischler. Ein einziger Blick in das Sachregister dieses Buches zeigt, daß wir es mit einem unerhöflichen Vorrath des Wissens zu thun haben. Jeder kommt in diesem Buche auf seine Rechnung, denn es ist Alles darin enthalten, was der heutige Bau- und Möbelschler braucht. Wer sich also etwas wirklich Gutes und Gediegenes anschaffen, seine Kenntnisse bereichern und sein Fortkommen fördern will, der faufe sich das Buch Der Praktische Tischler. Das für ihn angelegte Kapital wird sich reichlich verzinsen. (Besprechung in der „Holzarb.-Ztg.“, Nr. 26 von 29. Juni 1902.) Ich liefere auf dies. Zus. zum Ausnahme-Kassapreis von nur 16 Mk. Arthur Gasch, Gewerbebuchhandlung, Leipzig. Vertreter gesucht!

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als. Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpuliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsieinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1839.“ Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Einem großen Theile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von der unjeren Lesern wohlbekannten Firma Paul Horn, Fabrik chemischer Produkte, Hamburg, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.